



Führungskräfte  
Chemie

Deutscher  
Führungskräfte  
Verband



# Politik in Zahlen

## Fakten und Daten

zur Situation der Führungskräfte  
in der Bundesrepublik Deutschland

Arbeitsmarkt • Löhne, Einkommen, Mitbestimmung • Steuern,  
Abgaben, Staatsausgaben • Soziales • Bildung • Chancengleichheit

# Inhalt

<b>Seiten</b>	<b>1 – 2</b>	<b>Editorial, Geleitwort, Impressum</b>
<b>Seiten</b>	<b>3 – 6</b>	<b>Arbeitsmarkt</b> Qualifizierung – der beste Garant für Erfolg am Arbeitsmarkt? Brain-Drain – Massenflucht der Gutqualifizierten aus Deutschland? Demografie: Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich? Die demografische Herausforderung: Migration als möglicher Lösungsfaktor Ingenieure verzweifelt gesucht – Bedarf an Fachkräften wächst stetig Mangel an Absolventen in Deutschland: Wenige Frauen studieren in MINT-Fächern Erosion des normalen Arbeitsverhältnisses: Zunahme atypischer Beschäftigungsformen Selbstständigkeit als Ausweg aus wirtschaftlicher Notlage?
<b>Seiten</b>	<b>7 – 9</b>	<b>Löhne, Einkommen, Mitbestimmung</b> Lohnquote im Sinkflug – werden die Beschäftigten abgehängt? Kein gutes Jahrzehnt für Arbeitnehmereinkommen Mehr Zusammenarbeit gewünscht Mehr Gehalt durch Mitbestimmung Vertretung durch Betriebsrat schützt vor Kündigung Betriebsräte schaffen faire Bewertung Mitbestimmung sichert Altersversorgung Bessere Weiterbildung durch Betriebsratsarbeit Unternehmensmitbestimmung stärkt Wettbewerbsfähigkeit
<b>Seiten</b>	<b>11 – 16</b>	<b>Steuern, Abgaben, Staatsausgaben</b> Tatsächliche Belastung leistungsstarker Einkommenssteuerzahler Spürbare Umverteilung auch in den Sozialversicherungssystemen Sinkender Höchststeuersatz: Kein Geschenk ohne Gegenleistung Steuerlast schwankt, Abgaben steigen Zankapfel der Steuerpolitik: Kalte Progression und Mittelstandsbauch Gibt es einen Trend von der Einkommens- hin zur Konsumbesteuerung? Hochsteuerland Deutschland: Belastungen für Bürger und Unternehmen? Soziale Leistungen beanspruchen mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben Staatsquoten im internationalen Vergleich: Wie viel Staat braucht man? Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts: Mehr Zinsen als Investitionen
<b>Seiten</b>	<b>17 – 21</b>	<b>Soziales</b> Anstieg der Sozialausgaben: Explosion oder kontinuierliches Wachstum? Wer finanziert die sozialen Aufgaben? Dämpft die Finanzierung sozialer Aufgaben über Abgaben die Beschäftigung? Die gesetzliche Rentenversicherung – ein Verlustgeschäft? Explodierende Gesundheitskosten oder explodierende Kassenbeiträge? Wer trägt welchen Teil der Gesundheitsausgaben? Gesundheitsausgaben im internationalen Vergleich: Wo steht Deutschland? Lebensverhältnisse in Ost und West: Angleichung in vielen Bereichen noch nicht erreicht
<b>Seiten</b>	<b>22 – 23</b>	<b>Bildung</b> Standortnachteile durch Akademikermangel Zunehmend mehr Studentinnen Kinder von Akademikern studieren häufiger Deutschland hinkt hinterher: Mehr Geld für Bildung nötig Studieren rechnet sich Deutschland forscht effizient
<b>Seite</b>	<b>24</b>	<b>Chancengleichheit</b> Mehr Frauen in Führungspositionen Akademische Karriere bleibt Männersache Akademische Karrierechancen für Frauen im internationalen Vergleich
<b>Seite</b>	<b>U3</b>	<b>Glossar, Quellen, Statistiken im Internet, weiterführende Informationen, Länderkürzel im internationalen Vergleich</b>



**Dr. Joachim Betz**  
Präsident des Deutschen  
Führungskräfteverbandes  
ULA / Foto: ULA



**Dr. Thomas Fischer**  
1. Vorsitzender des VAA –  
Führungskräfte Chemie /  
Foto: VAA

## Fakten statt Mythen

Statistiken sind als Stütze wissenschaftlicher und politischer Thesen nicht wegzudenken. Der ehemalige Präsident der USA Franklin D. Roosevelt brachte dies mit einem ironischen Augenzwinkern auf den Punkt, als er äußerte: „Ich stehe Statistiken etwas skeptisch gegenüber. Denn laut Statistik haben ein Millionär und ein armer Kerl jeder eine halbe Million.“ Angesichts dieser verbreiteten Skepsis war unser Vorhaben, eine Auswahl von Statistiken zu Wirtschaft und Politik aus dem Blickwinkel der angestellten Führungskräfte zu erstellen, sicherlich ein kleines Wagnis. Für uns bestand jedoch kein Zweifel: Wir würden den Durchschnitt als Maß der Dinge eher meiden und dadurch mehr Aussagekraft erzielen können als der von Präsident Roosevelt angeführte Statistiker.

Wir möchten an dieser Stelle Dr. Hans Dolhaine aus dem Vorstand des VAA danken. Er hat den Anstoß für diese Veröffentlichung gegeben und seine Entstehung tatkräftig unterstützt.

Seit Jahren begleiten der Deutsche Führungskräfteverband ULA und seine Mitgliedsverbände das politische Geschehen als kritische und faire Dialogpartner von Bundesregierung, Bundestag, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. In der Chemiebranche und den angrenzenden Bereichen wird der VAA, der mitgliederstärkste Verband im Verbund des ULA, auch als Sozialpartner anerkannt und geschätzt. Die Verbände widmen sich in ihrer Interessenvertretung allen Aspekten, die Einfluss auf die Beschäftigungssituation von Führungskräften nehmen: Dazu gehören insbesondere Fragen der Steuer-, Arbeits- und Sozialpolitik sowie der Bildungspolitik. Zu jedem dieser Themenfelder präsentieren wir Ihnen in dieser Studie eine Auswahl von interessanten Befunden aus wissenschaftlichen und politischen Veröffentlichungen unterschiedlichster Bereiche.

Uns hat es besonders gereizt, an dem einen oder anderen politischen Mythos zu rütteln: Lähmt die Mitbestimmung wirklich die Innovationskraft der Unternehmen? Wachsen die Sozialausgaben in Deutschland tatsächlich seit Jahren ungebrochen – und wenn ja, zu wessen finanziellen Lasten? Antworten auf diese und viele weitere wichtige Fragen finden Sie auf den kommenden Seiten.

Die Autoren, an erster Stelle Andreas Zimmermann vom Deutschen Führungskräfteverband ULA sowie Stephanie Alt und Christoph Janik vom VAA, haben viele Stunden damit verbracht, die Daten gründlich zu recherchieren. Ihnen sei für die fundierte Arbeit und die präzise Darstellung ebenso gedankt wie Timur Slapke, verantwortlich für die Gestaltung, und Dr. Martin Kraushaar, der an der Koordination und Konzeption des Projektes beteiligt war.

Eine letzte Bemerkung in eigener Sache: Mit dieser Broschüre gibt das Führungskräfte Institut GmbH (FKI) gemeinsam mit der VAA Services GmbH nach längerer Unterbrechung wieder eine politische Veröffentlichung heraus. In nächster Zeit wird die Folge der Publikationen des FKI wieder dichter werden. Wir sind zuversichtlich, mit unseren Schriften auch über den Kreis der Verbandsmitglieder hinaus interessierte Leser zu finden. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine anregende und bereichernde Lektüre. Wir sind gespannt auf Ihr Feedback und würden uns freuen, mit Ihnen zu dem einen oder anderen in der Broschüre angerissenen Thema ins Gespräch zu kommen.

**Dr. Joachim Betz**

**Dr. Thomas Fischer**

## Geleitwort

Deutschland im Frühjahr 2010 – die Wirtschafts- und Finanzkrise ist allem Anschein nach noch lange nicht vorbei und die Situation am Arbeitsmarkt könnte sich sogar noch verschlechtern.

Die im Herbst 2009 neu gewählte Regierung hat im Augenblick jedenfalls ihren anfänglichen Reformelan eingebüßt und verstrickt sich in politischen Scharmützeln.

Soweit die ernüchternde Bestandsaufnahme.

Den drohenden Stillstand und die Zögerlichkeit der politisch Verantwortlichen halte ich persönlich für fatal, denn die Liste des Reformbedarfs ist lang.

Ich freue mich daher besonders, dass mit dieser Broschüre eine Sammlung aussagefähiger Statistiken präsentiert werden kann, die den Leser über die wichtigsten „Reformbaustellen“ der Politik führt. An einigen dieser Baustellen wird immerhin gearbeitet. Andere wiederum liegen sträflicherweise weitgehend brach.

Die Ausgangsbedingungen für die Lösung der anstehenden Aufgaben sind alles andere als günstig. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat sich seit 1950, ausgehend von einem Betrag von 56 Milliarden Euro, mehr als verdreißigfacht: Schon in wenigen Jahren könnte die Marke von 2 Billionen Euro überschritten sein. Erschwerend kommt hinzu, dass Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung ihre Einnahmen mit einem Steuer- und Abgabesystem erheben, das an Komplexität und Undurchschaubarkeit seinesgleichen sucht.

Bedenklich stimmt mich auch die Gewichtung der staatlichen Ausgaben. Zwei Drittel der öffentlichen Ausgaben – beziehungsweise der Gegenwert eines Drittels unseres Sozialprodukts – entfallen auf soziale, überwiegend konsumtive Leistungen des Staates. Hinzu kommen die wachsenden Ausgaben für den Schuldendienst.

Die Handlungsfähigkeit des Staates ist akut bedroht. Teilweise betrifft dies sogar Kernaufgaben. Vor allem aber büßt er zusehends seine Fähigkeit ein, echte Investitionen in unsere Zukunft zu tätigen, insbesondere in den Bereichen Forschung, Bildung und Infrastruktur.

Diese Broschüre beansprucht nicht, darin angesprochene Probleme abschließend zu analysieren. Wohl aber möchten wir einen Beitrag dazu leisten, dass Führungskräfte politische Zukunftsfragen auf einer soliden Faktenbasis diskutieren können. Viele Fragen sind zwar hinreichend im öffentlichen Bewusstsein verankert, ihr genaues Ausmaß ist aber oft nur in Ansätzen bekannt. Auch wollten wir Zusammenhänge zwischen Sachfragen herstellen, die in der öffentlichen Diskussion vernachlässigt werden.

Besonders freuen würde ich mich, wenn wir mit der Broschüre stärkeres Interesse an politischen Fragen wecken könnten. Führungskräfte nehmen in Ihren Unternehmen eine Vorreiterrolle bei unternehmerischen Entscheidungen ein. Sie sind meinungsstark und entschlossfreudig.

Ich würde mir wünschen, dass sie diese Qualitäten auch verstärkt in das politische Leben mit einbringen, durch ein noch stärkeres Engagement in Parteien oder Vereinen. Natürlich zählt dazu auch das Engagement in den Führungskräfteverbänden für angestellte Führungskräfte.

Ihr



Hans Dolhaine



**Dr. Hans Dolhaine**  
Mitglied des Vorstandes  
des VAA – Führungskräfte  
Chemie / Foto: VAA

## IMPRESSUM

Herausgeber: Dr. Hans Dolhaine, Mitglied des Vorstandes des VAA – Führungskräfte Chemie;  
Führungskräfte Institut GmbH (FKI), Postfach 19 14 46, 14004 Berlin;

VAA Services GmbH, Mohrenstr. 11-17, 50670 Köln

Redaktion & Konzeption: Andreas Zimmermann (Deutscher Führungskräfteverband ULA), Stephanie Alt (VAA), Christoph Janik (VAA),  
Dr. Martin Kraushaar (VAA)

Gestaltung & Layout: Timur Slapke (VAA)

Druckauflage: 1.000

Druck: print24 GmbH, Radebeul

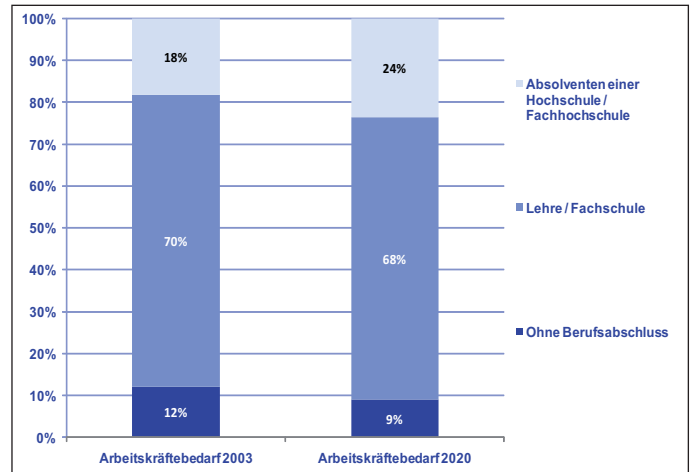
# Qualifizierung – der beste Garant für Erfolg am Arbeitsmarkt?

Ein hohes Ausbildungsniveau zahlt sich am Arbeitsmarkt aus. Dieser fast schon als Binsenweisheit geltende Erfahrungssatz hält einer empirischen Überprüfung problemlos stand.

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) ergaben sich in Abhängigkeit vom Ausbildungsstand höchst unterschiedliche Arbeitslosenquoten:

<b>Alle Absolventen einer Hochschule/FH</b>	<b>4,0 %</b>
<b>Wirtschaftsingenieure</b>	<b>2,1 %</b>
<b>Ingenieurstudiengänge insgesamt</b>	<b>3,4 %</b>
<b>Informatik</b>	<b>3,6 %</b>
<b>Naturwissenschaftler</b>	<b>4,5 %</b>
<b>Geisteswissenschaften</b>	<b>6,5 %</b>
<b>Architekten</b>	<b>6,9 %</b>
<b>Lehre/Fachschule</b>	<b>10,0 %</b>
<b>Ohne Berufsabschluss</b>	<b>26,0 %</b>

Die Bedeutung eines hohen Ausbildungsniveaus für die Chancen am Arbeitsmarkt ergibt sich auch aus Prog-

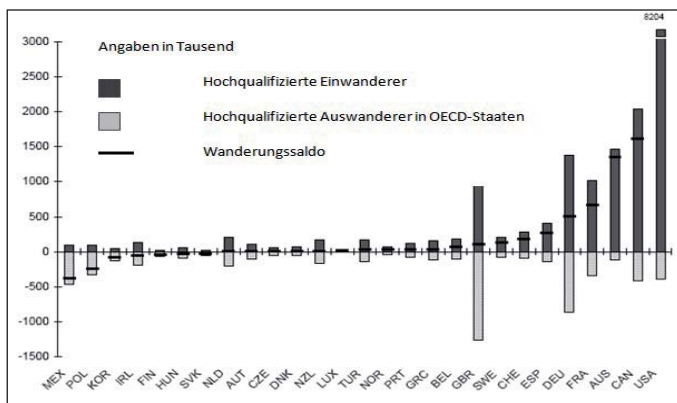


Quellen: IAB kurzbericht 18/2008; IZA Research Report No. 9 2007

nosen für den Arbeitskräftebedarf im Jahr 2010. Danach geht im am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Sektor der ungelerten Tätigkeiten die Arbeitskräftenachfrage weiter zurück. Der Bedarf an (Fach-)Hochschulabsolventen wird hingegen weiter spürbar zunehmen.

# Brain-Drain – Massenflucht der Gutqualifizierten aus Deutschland?

Angesichts einer hohen Abgabenbelastung (vgl. Seite 12 f.) und einer teilweise unattraktiven Beschäftigungslage von Akademikern beim Berufseinstieg (vgl. Seite 6) befürchten viele Experten seit langem, ein Brain-Drain könne die Wettbewerbsperspektiven des Standorts Deutschland, die durch demographische Entwicklung bereits ohnehin



Ein- und Auswanderungsbewegungen von Personen mit tertiärer Ausbildung (akademischer oder höherer beruflicher Abschluss) in den Staaten der OECD / Quellen: OECD; Dumont Lemaitre 2005

eingetrübt sind (vgl. Seite 4), zusätzlich verschlechtern.

Der Begriff „Brain-Drain“ beschreibt die Auszehrung der personellen und intellektuellen Basis einer Volkswirtschaft durch den Wegzug hochqualifizierter Arbeitnehmer.

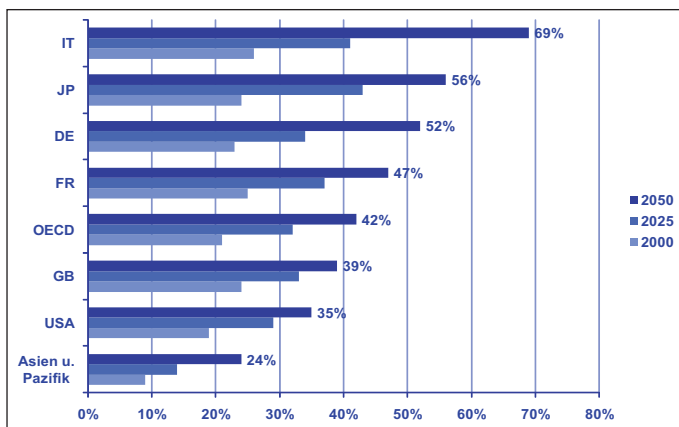
Quantitative Studien über Wanderungsbewegungen Hochqualifizierter sind rar und erstrecken sich wegen der aufwändigen Erhebung zumeist auf fünf bis zehn Jahre zurückliegende Zeiträume.

Eine vielzitierte Studie der OECD aus dem Jahr 2005 gelangt speziell für Deutschland zu einem überraschenden Ergebnis. Zwar ist die Abwanderung hochqualifizierter Personen so hoch wie in keinem anderen Staat, ausgenommen Großbritannien. Diese Wegzüge werden jedoch durch Zuzüge von Hochqualifizierten immer noch überkompensiert. Demnach hatte Deutschland 2005 die fünfthöchsten Zuwanderungsgewinne nach den USA, Kanada, Australien und Frankreich.

Dies ist gleichwohl kein Verdienst der Politik. Mit wenigen Ausnahmen (zum Beispiel das Green-Card-Programm aus dem Jahr 2001) gab es in Deutschland bis heute keine auf gut qualifizierte Arbeitnehmer und deren Familien ausgerichtete Zuwanderungspolitik.

# Demografie: Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich?

Eine der zentralen Kenngrößen zur Bestimmung der Auswirkungen der demographischen Verschiebung auf Wirtschaft und Sozialsysteme ist der **Alterlastquotient** (Erläuterung siehe Glossar). Er misst das Verhältnis der Gruppe der über 65-Jährigen zur Gruppe der 14- bis 65-Jährigen



Entwicklung des Alterslastquotienten im internationalen Vergleich / Quelle: ifo Schnelldienst 3/2004

und entspricht ungefähr der erwerbsfähigen Bevölkerung. In Prognosen für den Zeitraum bis 2050 rangiert Deutschland zusammen mit anderen europäischen Staaten wie Spanien und Italien sowie mit Japan in der Gruppe derjenigen Staaten, die von der Alterung am stärksten betroffen sein werden.

Bereits vor dem Jahr 2050 könnte Deutschland beim Alterslastquotient die Schwelle von 50 Prozent überschreiten. Auf jeden Einwohner über 65 Jahren kämen dann weniger als zwei 14- bis 65-jährige Einwohner.

Eine Abschwächung dieses Trends liegt im natürlichen Interesse von Gesellschaft und Wirtschaft. So setzt die Alterung nicht allein die umlagefinanzierten Sozialversicherung unter Druck. Das Schrumpfen des **Erwerbstätigenpotentials** bedroht auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Die Frage, welchen Einfluss, abgesehen von der in Deutschland bereits eingeleiteten Verlängerung des Erwerbslebens (Rente mit 67), eine gezielte Zuwanderung auf die Zahl der Erwerbstätigen haben kann, wird auf der unteren Hälfte dieser Seite näher beleuchtet.

## Die demografische Herausforderung: Migration als möglicher Lösungsbeitrag

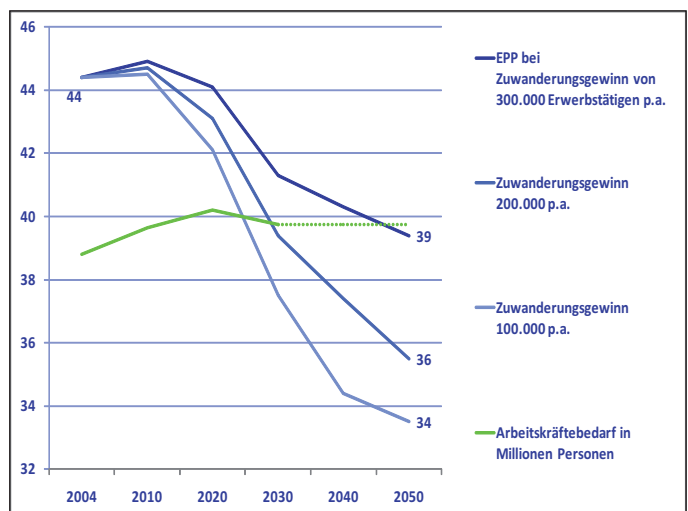
Durch die Alterung der Gesellschaft geht die Zahl der erwerbsfähigen Personen langsam zurück. Ab dem Jahr 2020 beschleunigt sich dieser bereits heute spürbare Trend. Die derzeit noch bestehende Lücke zwischen Arbeitskräftebedarf und Erwerbstätigenpotential wird sich aller Voraussicht nach schließen und könnte sich zu einem Arbeitskräftemangel ausweiten.

Viele Experten in Politik und Wirtschaft plädieren daher für einen Politikwechsel, der eine gezielte Zuwanderung von Fachkräften ermöglichen soll.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat in den letzten Jahren wiederholt Prognosen für den Arbeitskräftebedarf (hochgerechnet bis 2025/30) und für die Entwicklung des Erwerbstätigenpotentials bei unterschiedlichen Zuwanderungsszenarien (bis 2050) erstellt.

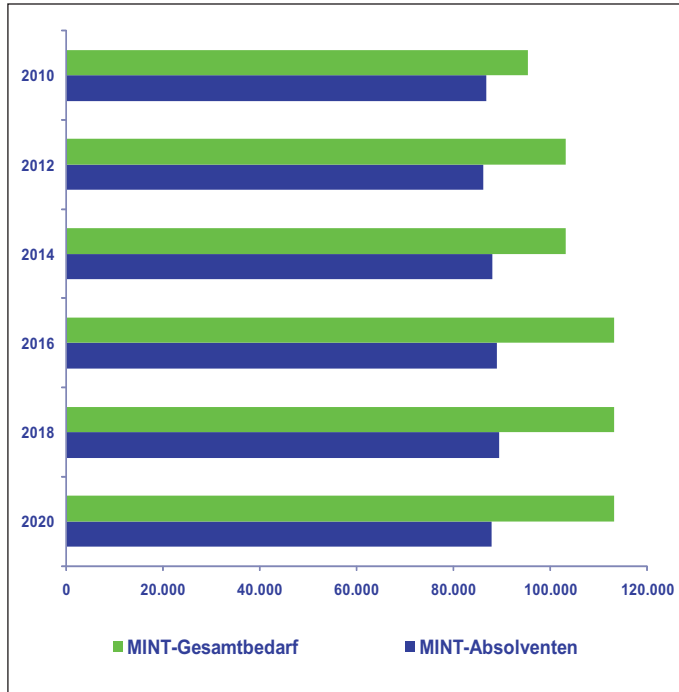
Danach wird bis 2025 eine Lücke zwischen Arbeitskräftebedarf und Erwerbstätigenpotential bleiben. Erst danach könnte das vorhandene Erwerbstätigenpotential den Bedarf unterschreiten. In dem vom IAB als realistische „Basisvariante“ bezeichneten Szenario mit einer Nettozuwanderung von 100.000 Personen pro Jahr

würde die Zahl der Beschäftigten um 11 Millionen auf 33 Millionen sinken. Selbst in der optimistischen Variante käme es zu einem Rückgang um rund 5 Millionen Beschäftigte.

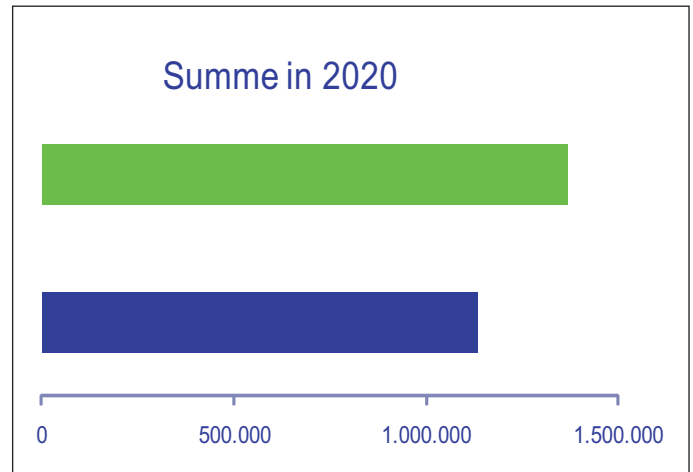


Quelle: IAB-Kurzbericht Ausgabe 11/2005

# Ingenieure verzweifelt gesucht – Bedarf an Fachkräften wächst stetig

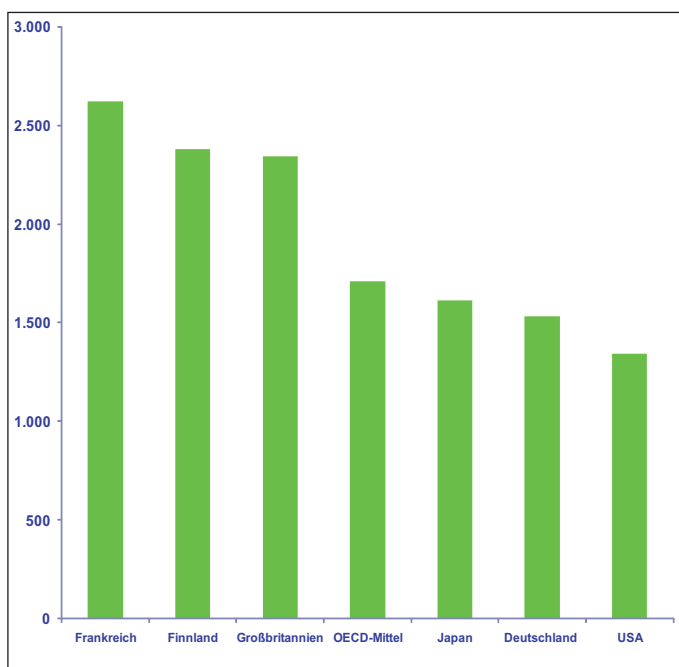


In zehn Jahren fehlen der deutschen Wirtschaft voraussichtlich über 230.000 Fachkräfte in den MINT-Bereichen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften & Technik).



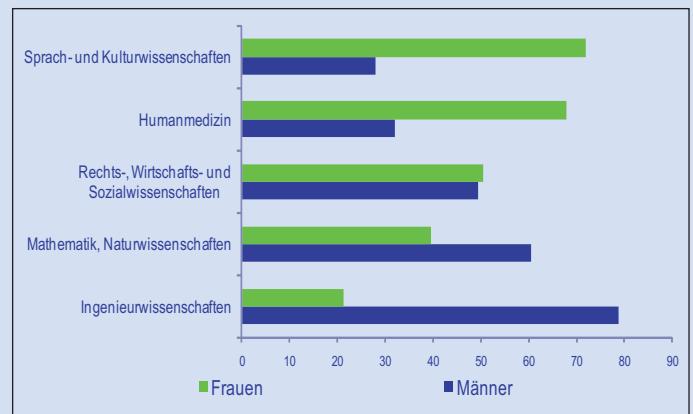
Prognose von Fachkräfteangebot und -nachfrage im MINT-Akademikersegment bis 2020 / Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft 2008

## Mangel an Absolventen in Deutschland: Wenige Frauen studieren in MINT-Fächern



Absolventen naturwissenschaftlicher und technischer Fächer pro 100.000 Beschäftigte im Alter von 25 bis 34 Jahren 2007 / Quelle: OECD, Education at a glance 2009

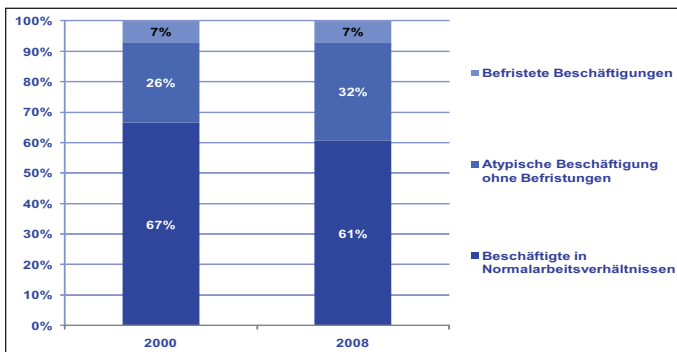
In Deutschland gibt es weniger Absolventen in den MINT-Fächern als im OECD-Schnitt (Grafik links). Zusätzlich studieren vergleichsweise wenige Frauen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Frauen tendieren in ihrer Studienwahl nach wie vor zu Sozial- und Kulturwissenschaftlichen Fächern.



Deutsche Studienanfänger im ersten Fachsemester (Wintersemester 2008/2009) / Quelle: Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen, Statistisches Bundesamt 2009

# Erosion des normalen Arbeitsverhältnisses: Zunahme atypischer Beschäftigungsformen

Die unbefristete Vollzeitstelle war lange Zeit das vorherrschende Beschäftigungsmodell in Deutschland. Die Bedeutung dieses „Normalarbeitsverhältnisses“ nimmt aber seit rund 20 Jahren kontinuierlich ab. Eine Verlangsamung dieses Trends ist nicht zu erkennen. Die Grafik zeigt allein für den Zeitraum von 2000 bis 2008 einen Rückgang des Anteils der Normalarbeitsverhältnisse an der Gesamtzahl



Quellen: Drs. 16/13991; Daten der Bundesagentur für Arbeit; Gieseke/Groß auf Grundlage von Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP)

aller Beschäftigten um 6 Prozent – bei konstantem Beschäftigungsniveau.

Parallel dazu nehmen „atypische“ Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit, Teilzeit- geringfügige oder befristete Beschäftigungen an Bedeutung zu. Gleichwohl sind nicht alle atypischen Beschäftigungsformen prekär, das heißt mit materieller Not verbunden oder erzwungen. So gibt es auch Fälle von freiwilliger Teilzeit oder von geringfügigen Beschäftigungen, die ein auskömmliches Einkommen oder eine ebensolche Rente ergänzen.

Der Wandel der Erwerbsformen hat auch die Gruppe der hochqualifizierten Arbeitnehmer erfasst, insbesondere den akademischen Nachwuchs. Laut einer Studie der Hochschulinformationssystem GmbH auf Basis des Absolventenjahrgangs 2005 fanden über alle Fachrichtungen hinweg nur 19 Prozent einen direkten Weg in eine unbefristete Vollzeitstelle. 27 Prozent wurden befristet in Vollzeit eingestellt, 18 Prozent befristet oder unbefristet in Teilzeitstellen (übrige 36 Prozent: andere Kategorien wie Promotion, Zweitstudium, Arbeitslosigkeit).

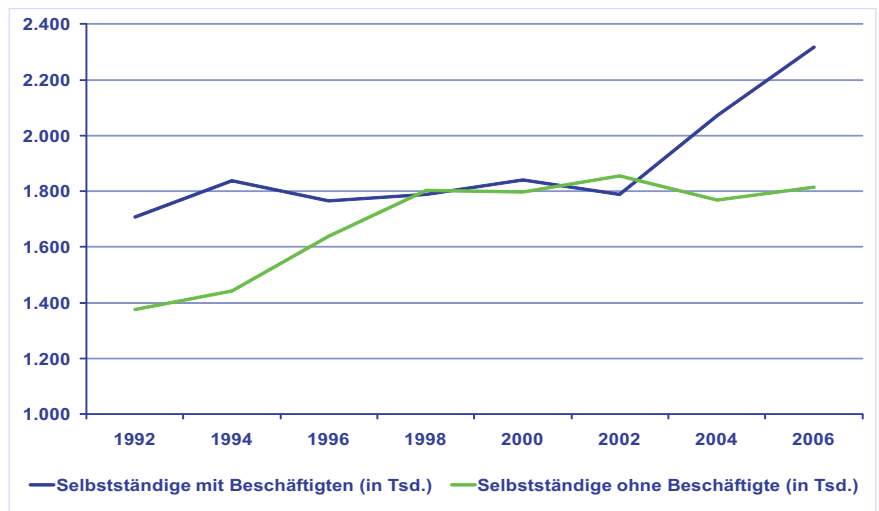
## Selbstständigkeit als Ausweg aus wirtschaftlicher Notlage?

Die niedrigen Gründungsraten deutscher Beschäftigter finden ihre Entsprechung in einem hohen Anteil abhängig Beschäftigter an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen.

Beide Kenngrößen sind aber nicht einfach zu interpretieren. Einerseits weist ein niedriger Anteil der Selbstständigen tendenziell auf eine geringe wirtschaftliche Dynamik hin. Andererseits kann eine hohe Quote von Selbstständigen auch Ausdruck einer Notlage am Arbeitsmarkt sein, die Arbeitslose dazu zwingt, eine häufig schlecht abgesicherte selbstständige Tätigkeit aufzunehmen.

In Deutschland ist die Zahl der Selbstständigen seit Anfang der neunziger Jahre insgesamt nur leicht gestiegen. Erst seit 2002 ist es vor allem bei den Ein-Personen-Selbstständigen zu einer deutlichen Zunahme gekommen. Dies war offenbar ein Effekt der gezielten Förderung von Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit im Zuge der Reformen der Agenda 2010. Einige dieser Förderinstrumente (zum Beispiel die sogenannte „Ich-AG“) sind jedoch zwischenzeitlich ausgelaufen oder wurden restriktiver gefasst.

Es wird sich daher erst in den nächsten Jahren zeigen, ob die Zahl der Selbstständigen insgesamt dauerhaft wächst und ob aus den anfänglich vielfach „kleinen“ Selbstständigen und Kleinunternehmern auskömmlichere und größere selbstständige Unternehmen erwachsen, die ihrerseits in der Lage sein werden, neue Beschäftigung zu erzeugen.



Quellen: Piorkowsky, Fleißig 2005, zitiert nach Sozialer Fortschritt 9-10/2001; Statistisches Bundesamt, zitiert nach IfM Bonn, [http://www.ifm-bonn.org/assets/documents/Selb-D\\_S\\_mit&ohne%20Besch%202000-2006.pdf](http://www.ifm-bonn.org/assets/documents/Selb-D_S_mit&ohne%20Besch%202000-2006.pdf)



# Löhne, Einkommen, Mitbestimmung



Fotos: BASF, pixello

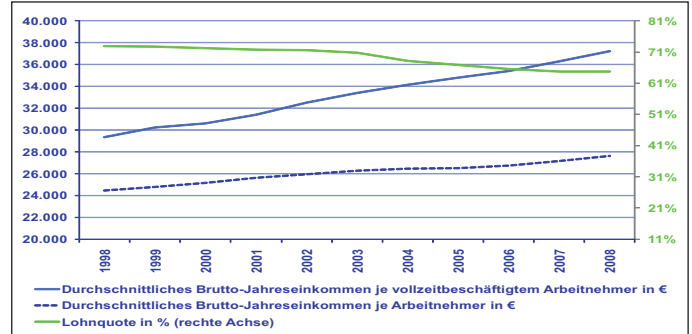
# Lohnquote im Sinkflug – werden die Beschäftigten abgehängt?

Die **Lohnquote** ist in verteilungspolitischen Debatten einer der meistzitierten Indikatoren. Sie ist definiert als der Anteil der Summe aller Arbeitseinkommen am gesamten **Volkseinkommen**.

Ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre bestätigt auf den ersten Blick den Eindruck von einer aufgehenden Schere zwischen Arbeitseinkommen und sonstigen Einkommen, darunter zuvorderst Kapitaleinkommen. Vor allem seit 2002 ist die Lohnquote stark gesunken. Lag sie noch in den gesamten neunziger Jahren deutlich über 70 Prozent betrug sie im Jahr 2008 nur noch 64,7 Prozent.

Im gleichen Zeitraum sind die Bruttoeinkommen der Vollzeitbeschäftigten nur moderat gestiegen (vgl. Artikel unten), die Einkommen aller Beschäftigten sogar in noch geringerem Ausmaß (vgl. Artikel über die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen).

Gleichwohl ist die Aussagekraft der Lohnquote als politischer Indikator umstritten. Viele Experten verweisen auf Lücken in der Erfassung von Einkommen, insbesondere bei Selbstständigen oder ihrer Angehörigen.

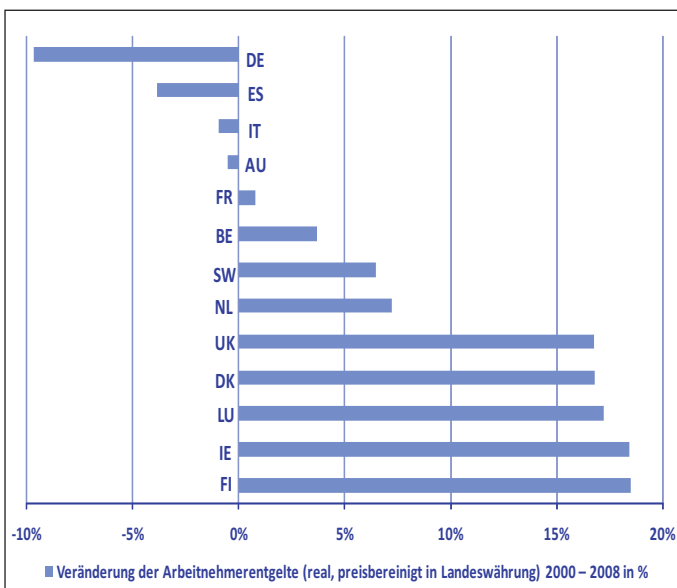


Quellen: Institut der Deutschen Wirtschaft, Deutschland in Zahlen 2008 (Angaben zu Brutto-Jahreseinkommen und Lohnquote); Statistisches Bundesamt (Bruttajahreseinkommen Vollzeit)

Außerdem muss berücksichtigt werden, dass die sinkende Lohnquote auch Ergebnis bewusster politischer Beschlüsse sowie einer langjährigen, zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften einvernehmlich vereinbarten restriktiven Lohnpolitik ist. Die bis Mitte 2008 deutlich verbesserte und auch seit Beginn der Krise relativ stabile Lage am Arbeitsmarkt lässt auf den Erfolg dieses Ansatzes schließen.

## Kein gutes Jahrzehnt für die Arbeitnehmerereinkommen

Deutschland war bei der Entwicklung der Arbeitnehmerereinkommen im Vergleich zu anderen europäischen Staaten in den zurückliegenden Jahren mit großem Abstand das Schlusslicht. Dieser Befund ergibt sich aus einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung



Quellen: DIW Berlin (ähnliche Grafik veröffentlicht im DIW Wochenbericht 33/2009); Eurostat

(DIW) von Ende 2009 auf Grundlage von Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat).

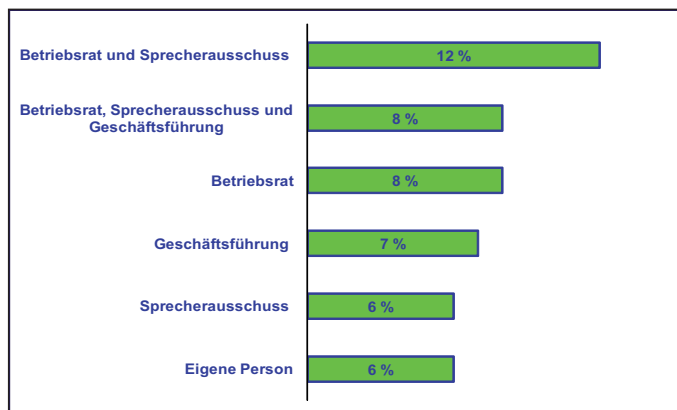
Preisbereinigt und bezogen auf die Landeswährung ergibt sich in Deutschland im Zeitraum für die durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelte von 2000 bis 2008 ein Rückgang um -9,7 Prozent von 36.826 Euro auf 33.266 Euro. In drei weiteren Staaten sind leicht rückläufige Arbeitnehmerentgelte zu verzeichnen, in anderen Staaten hingegen noch deutliche Zuwächse von bis zu 18,5 Prozent.

Zwei Ursachen dürften hierzu beigetragen haben: Eine deutliche Zunahme der Beschäftigung im Niedriglohnbereich, aber auch eine – im Interesse der Beschäftigungssicherung auch von den Gewerkschaften mitgetragene – Politik einer langjährigen Lohnzurückhaltung. Dafür spricht auch ein weiterer Befund des DIW, dem zufolge das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt deutscher Arbeitnehmer in Deutschland zwischen 2000 und 2006 zwar von 25,10 Euro auf 26,50 Euro gestiegen ist. Real entspricht auch dies einem Rückgang um 0,7 Prozent. In der Gruppe der sieben „Hochlohnländer“ Belgien, Deutschland, Österreich, Finnland, Schweden, Großbritannien und der Schweiz verzeichnet Deutschland als einziges Land einen Rückgang und lag auch bei der absoluten Höhe der Einkommen pro Stunde an fünfter Stelle.

## Löhne, Einkommen, Mitbestimmung

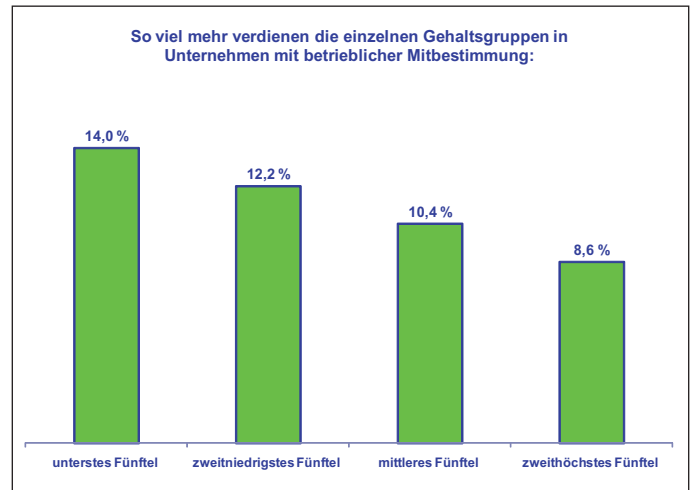
### Mehr Zusammenarbeit gewünscht

Führungskräfte bevorzugen Kooperation von Betriebsrat und Sprecherausschuss bei der Interessenvertretung. Welches Gremium sollte bei wichtigen Themen die Interessen der Führungskräfte im Betrieb vertreten?



Anmerkung: An 100 Prozent fehlende Angaben entfielen auf andere Gremien bzw. Kombinationen von Gremien / Quelle: Pries 2008

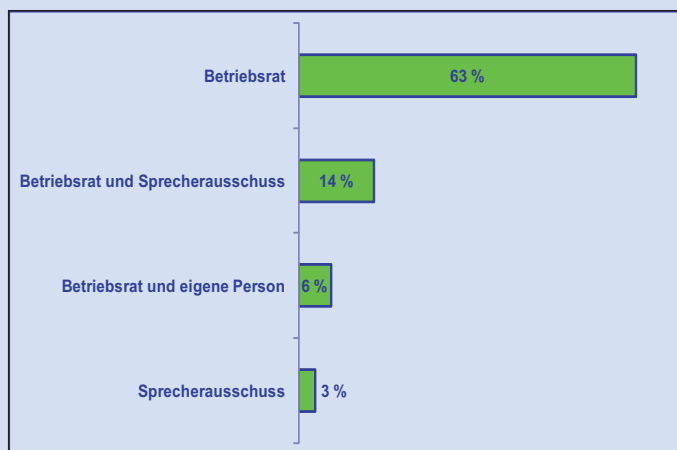
### Mehr Gehalt durch Mitbestimmung



Quelle: Addison, Teixeira, Zwick 2006

In Betrieben mit einem Betriebsrat verdienen Beschäftigte aller Gehaltsgruppen mehr. In den unteren Gehaltsgruppen ist der Unterschied am deutlichsten.

### Vertretung durch Betriebsrat schützt vor Kündigung

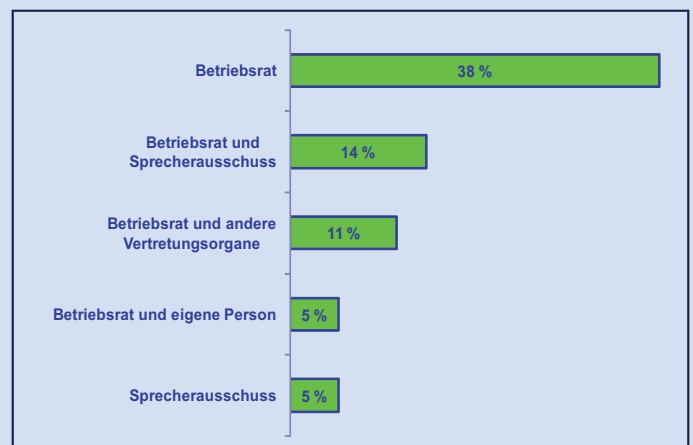


Anmerkung: An 100 Prozent fehlende Angaben entfielen auf andere Akteurskonstellationen / Quelle: Pries 2008

Auch in Fragen des Kündigungsschutzes favorisieren AT-Angestellte eindeutig die Interessenvertretung durch den Betriebsrat. 63 Prozent der AT-Angestellten meinen, dass der Betriebsrat ihre Interessen auch weiterhin allein vertreten sollte.

### Betriebsräte schaffen faire Bewertung

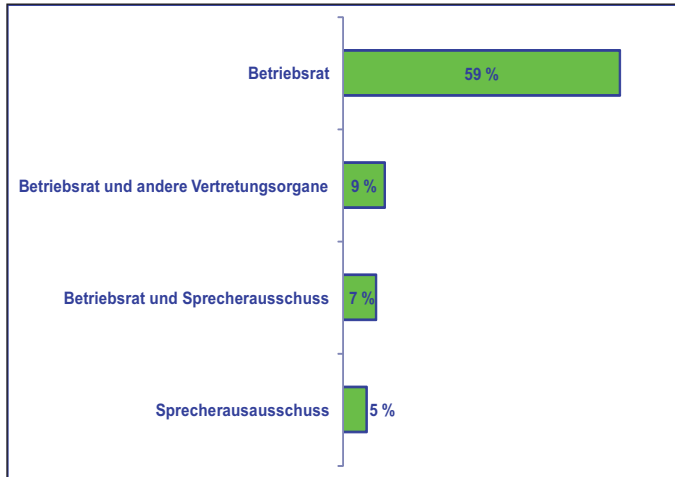
Der Betriebsrat vertritt die Interessen der Arbeitnehmer bei der Gestaltung von Leistungsbewertungssystemen. Die AT-Angestellten befürworten die Interessenvertretung durch den Betriebsrat bei diesem Thema:



Anmerkung: An 100 Prozent fehlende Angaben entfielen auf andere Akteurskonstellationen / Quelle: Pries 2008

## Löhne, Einkommen, Mitbestimmung

### Mitbestimmung sichert Altersversorgung

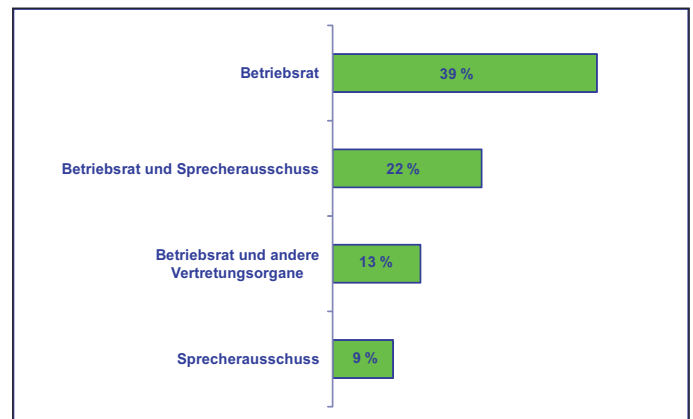


Anmerkung: An 100 Prozent fehlende Angaben entfielen auf andere Akteurskonstellationen / Quelle: Pries 2008

**Beim Thema der betrieblichen Altersversorgung sind sich AT-Angestellte weitgehend einig: Sie bevorzugen die Interessenvertretung durch den Betriebsrat.**

### Bessere Weiterbildung durch Betriebsratsarbeit

Der Betriebsrat vertritt die Interessen der Arbeitnehmer auch bei Fragen der Weiterbildung und Qualifizierung. Auf die Frage, wer diese Interessenvertretung zukünftig übernehmen sollte, antworten AT-Angestellte:



Anmerkung: An 100 Prozent fehlende Angaben entfielen auf andere Akteurskonstellationen / Quelle: Pries 2008

## Mitbestimmung – kein deutscher Sonderweg

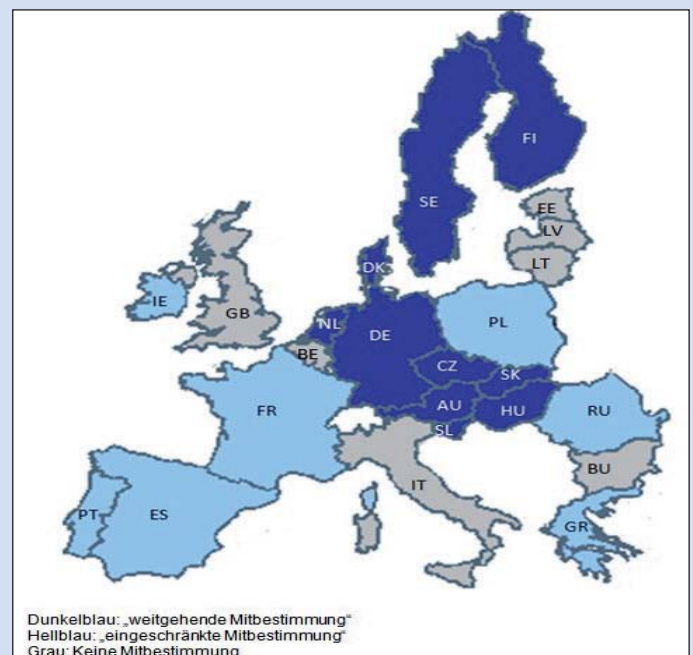
Die Unternehmensmitbestimmung ist in Deutschland seit langem umstritten. Häufig wird sie als unvereinbar mit den Prinzipien guter „Governance“ erklärt und als Sonderweg kritisiert, der die Attraktivität des Standorts Deutschland schädige.

Letztere pauschale Behauptung ist jedoch empirisch nicht haltbar. Im Gegenteil: In 18 der 27 EU-Mitgliedsstaaten existieren Regelungen über die Beteiligung von Arbeitnehmern oder Gewerkschaftsvertretern an der Aufsicht über die Unternehmen.

In ihrer genauen Ausgestaltung unterscheiden sich die Systeme erheblich. Festhalten lässt sich aber, dass Deutschland allenfalls beim prozentualen Anteil der Arbeitnehmervertreter an der Gesamtzahl aller Aufsichtsratsmitglieder eine Spitzenposition innehat. Er liegt in Unternehmen, die dem sogenannten Drittelbeteiligungsgesetz unterliegen, bei einem Drittel.

Beim Mitbestimmungsgesetz von 1976 liegt er bei 50 Prozent (einschließlich des Vertreters der Leitenden Angestellten). Hier kommt aber dem von den Anteilseignern bestimmten Aufsichtsratsvorsitzenden ein Doppelstimmrecht zu. Vergleichsweise hoch sind in Deutschland hingegen die Schwellenwerte für die Anwendung dieser Gesetze: regelmäßig mehr als 500 Arbeitnehmer für das Drittelbeteiligungsgesetz, mehr als 2.000 Arbeitnehmer für das Mitbestimmungsgesetz.

2007 gelangte die Hans-Böckler-Stiftung auf dieser Basis zu dem Ergebnis, dass in immerhin 11 der 18 Staaten mit den deutschen Regelungen weitgehend vergleichbare Mitbestimmungsrechte existieren.



Quelle: Böckler Impuls Ausgabe 3/2007, www.boeckler.de



Zeile

1	Fallart	Steuernummer
2	11	
3		
4	Finanzamt	
5		
6		
7		
8		

- Bitte weiße Felder

Alle Eintragungen in der Lohnsteuerkarte genau prüfen!

**Lohnsteuerkarte 2010**

Ordnungsmerkmal des Arbeitgebers

Identifikationsnummer  
4955

AGS  
091

Geburtsdatum  
14.02.

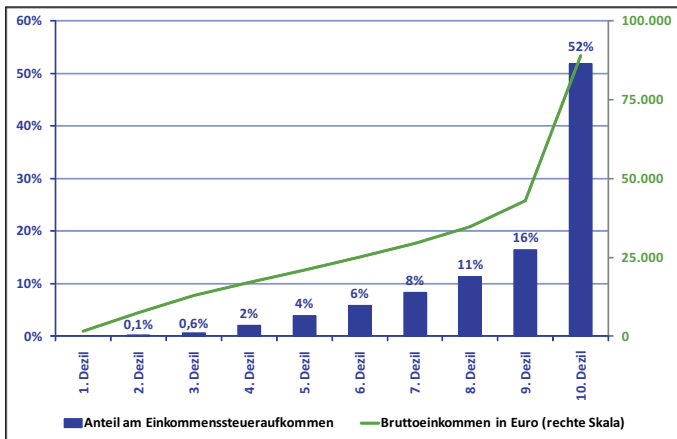
i. Allgemeine Best  
Steuer-klasse  
Drei

Kirchenste  
(Datum)

**Steuern,  
Abgaben,  
Staatsausgaben**

Fotos: Archiv, BMI, Justizministerium NRW, pixelfo, Sir James

# Tatsächliche Belastung leistungsstarker Einkommenssteuerzahler



Quellen: BMAS, Lebenslagen in Deutschland; Bundeszentrale für politische Bildung

Seit Bestehen der Bundesrepublik ist die Einkommenssteuer linear progressiv ausgestaltet: Der Steuersatz steigt mit der Höhe des zu versteuernden Einkommens.

Die Besteuerung nach dem „Prinzip der Leistungsfähigkeit“ soll sichergestellt, dass Bezieher höherer Einkommen nicht nur absolut, sondern auch prozentual

höhere Steuern zahlen. Radikale Gegenentwürfe zum derzeitigen Besteuerungsprinzip (beispielsweise ein einheitlicher Steuertarif: die sogenannte Flat-Tax) haben sich bis heute nicht durchsetzen können.

Die beiliegende Aufschlüsselung des Einkommenssteueraufkommens nach Dezilen (10-Prozent-Gruppen) der Einkommensbezieher zeigt, wie wirksam diese Umverteilung ist. Die obersten 10 Prozent der Einkommenssteuerpflichtigen bringen allein 50 Prozent, die obersten 20 Prozent über zwei Drittel der Einkommenssteuer auf.

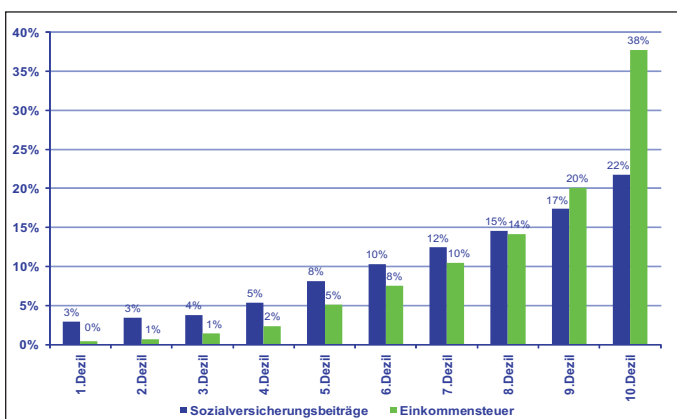
Demgegenüber liegen die untersten Dezile nach Abzug von Sonderausgaben etc. teilweise noch unter den Grundfreibeträgen und sind damit effektiv einkommenssteuerfrei.

Der große Abstand zwischen dem neunten und zehnten Dezil lässt auch Rückschlüsse über die Einkommensarten in der obersten Gruppe zu. Neben Arbeitseinkommen sind dort vermutlich hohe Einkommen aus anderer Quelle verstärkt vertreten (zum Beispiel Kapital, selbstständige Tätigkeiten etc.).

## Spürbare Umverteilungen auch in den Sozialversicherungssystemen

Eine Umverteilung von Einkommen findet nicht nur im Bereich der Einkommensteuer statt, sondern auch in den Sozialversicherungssystemen, dort allerdings mit gewissen Besonderheiten.

Eines der Sondermerkmale sind die Bemessungsgrenzen: So werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung oberhalb eines Jahreseinkommens von 66.000 Euro (West) bzw. 55.800 Euro (Ost) keine Beiträge mehr



Quelle: iw Analysen Nr. 49 „Soziale Umverteilung in Deutschland“ (2009)

erhoben. In der Kranken- und Pflegeversicherung liegt die Grenze bundeseinheitlich bei 45.000 Euro pro Jahr (Stand: 2010).

Diese Grenzen dürfen nicht als ungerechtfertigte Privilegierung von Gutverdienern verstanden werden. In der Renten- und Arbeitslosenversicherung sorgen sie dafür, dass ab einer bestimmten, weit über dem Existenzminimum liegenden Einkommenshöhe die Arbeitnehmer in Eigenverantwortung ihre Lebensstandardsicherung übernehmen müssen. In der Kranken- und Pflegeversicherung, in denen es mit Ausnahme des Krankengeldes keine einkommensbezogene Leistungen gibt, sorgen sie dafür, dass der Versicherungsschutz nicht prohibitiv teuer erkaufte werden muss.

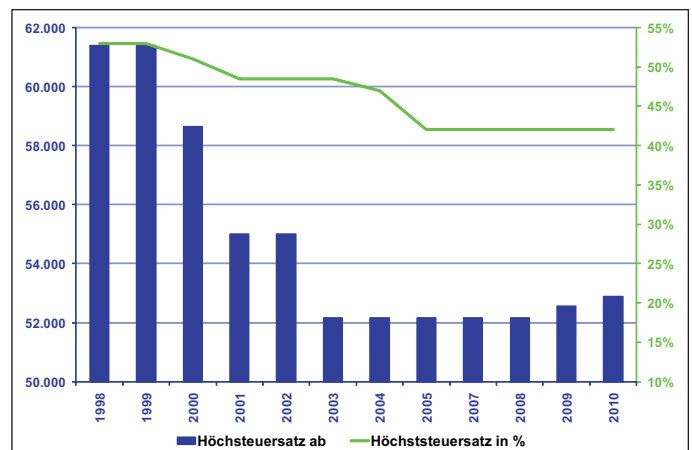
Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft von 2009 hat gezeigt, dass trotz der Bemessungsgrenzen eine politisch gewünschte Umverteilung auch in der Sozialversicherung stattfindet. Merkliche Unterschiede zur Einkommensteuer ergeben sich nur im obersten Einkommensdezil. Dort dürften die hohen Steuererträge nicht allein auf hohe Arbeitseinkommen, sondern auch auf andere Einkunftsarten beruhen (vgl. hierzu die oben stehende Grafik).

# Sinkender Höchststeuersatz: Kein Geschenk ohne Gegenleistung

Der Spitzensteuersatz, ein besonders plakativer Indikator für die Höhe der Steuerbelastung, wurde von Ende der neunziger Jahre bis Mitte des letzten Jahrzehnts unter die politisch bedeutsame 50-Prozent-Marke gesenkt.

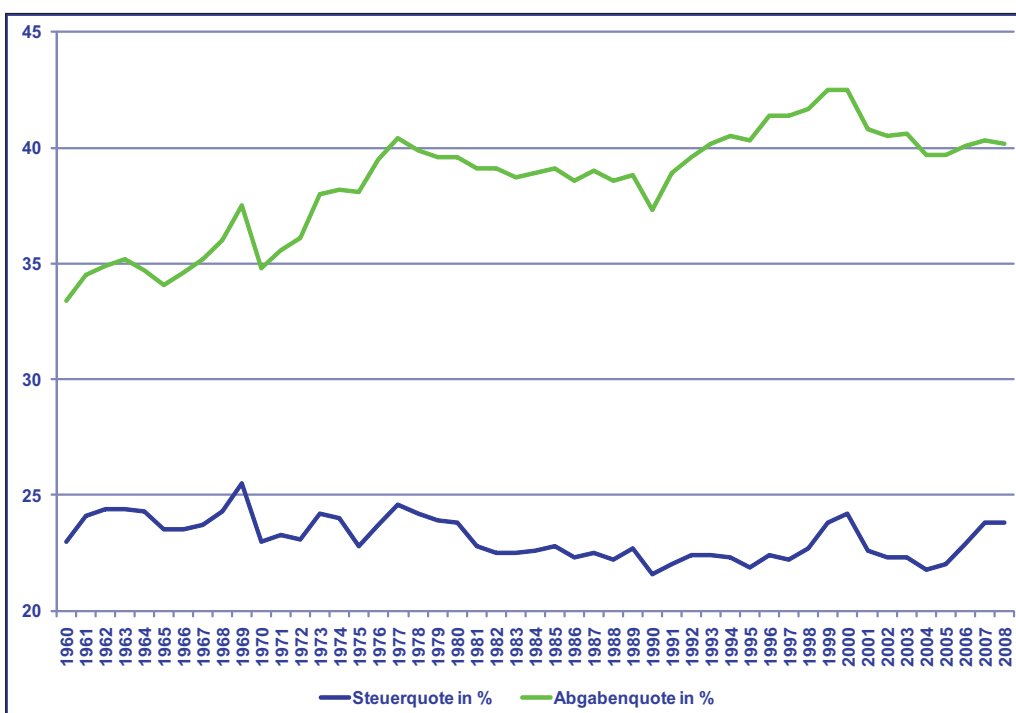
Dass es sich dabei um kein Geschenk ohne Gegenleistung handelt, zeigt die Entwicklung der Einkommensgrenze für die „obere Progressionszone“. Dabei handelt es sich um diejenige Grenze für das zu versteuernde Einkommen, ab der ein Satz von 42 Prozent erhoben wird. Der Grenzwert sank zwischen 1998 und 2005 deutlich von 61.323 Euro auf zunächst 52.151 Euro. In der Zwischenzeit wurde der Grenzwert zwar wieder mehrfach leicht angepasst, zuletzt mit Wirkung zum Jahresbeginn 2010. Mit 52.882 Euro beträgt er aber immer noch lediglich 86 Prozent des Ausgangswerts von 1998. Demgegenüber sind die Durchschnittslöhne und -gehälter je Arbeitnehmer zwischen 1998 und 2009 von 24.401 auf 27.648 Euro gestiegen, also um 13 Prozent (Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder). Als Konsequenz wachsen immer mehr Arbeitnehmer mit ihrem Einkommen in den Spitzensteuersatz hinein.

Anmerkung: Die Anfang 2007 eingeführte Reichensteuer – der Anstieg des Steuersatzes auf 45 Prozent für zu versteuernde Einkommen von 250.000 Euro bzw. 500.000 Euro (bei Alleinstehenden bzw. Verheirateten) bleibt in dieser Darstellung außer Betracht.



Quellen: Deutsche Rentenversicherung; BMF, Bundestagsdrucksache 16/8364

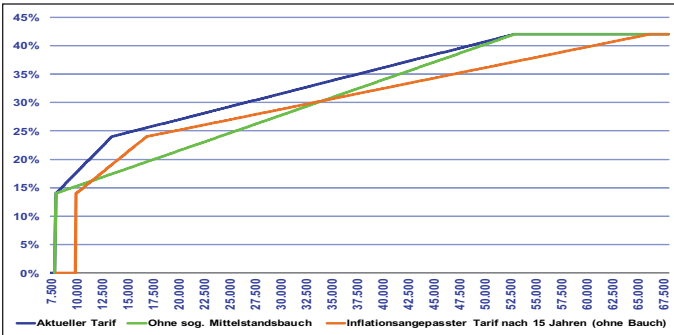
## Steuerlast schwankt, Abgaben steigen



Quelle: BMF 2009

In den letzten fünfzig Jahren hat sich die Steuerquote in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 21,6 Prozent und 25,5 Prozent bewegt. Dabei lag sie im Jahr 2008 lediglich 0,8 Prozent über dem Wert von 1960. Die Abgabenquote weist hingegen eine deutlich ansteigende Tendenz auf: Zwischen 1990 und 2000 stieg sie von 37,3 Prozent auf 42,5 Prozent an.

# Zankapfel der Steuerpolitik: Kalte Progression und Mittelstandsbauch



Quelle: eigene Berechnungen

Der Begriff „Kalte Progression“ beschreibt das Ergebnis einer unterlassenen oder nur sporadisch vorgenommenen Anpassung des Steuertarifs an die Preisentwicklung. Sie führt dazu, dass auch allein dem Inflationsausgleich dienende Einkommenserhöhungen zur Anwendung eines höheren Steuersatzes führen.

Der Begriff „Mittelstandsbauch“ kennzeichnet den sogenannten Knick im Steuertarif. Einsetzend ab dem Grundfreibetrag (8.004 Euro) steigt der Steuertarif ab

dem Eingangssteuersatz (14 Prozent) steil auf 24 Prozent an. Erst ab 13.840 Euro fällt der Anstieg sanfter aus. Der Steuersatz von 42 Prozent wird ab einem Einkommen von 52.882 Euro erreicht. Ab 250.000 Euro (in der Grafik nicht visualisiert) ist der Spitzensteuersatz von 45 Prozent erreicht. Bei gemeinsam Veranlagten verdoppeln sich die vorgenannten Werte. Alle Zahlenangaben sind die des Jahres 2010.

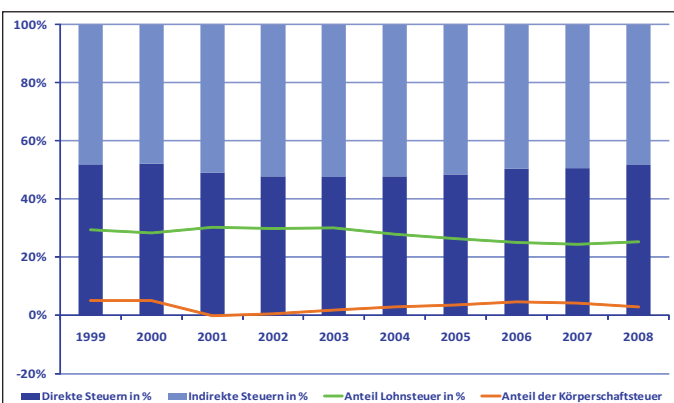
Laut Berechnungen der Bundesregierung würde die Abschaffung des Mittelstandsbauchs zu Mindereinnahmen in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr führen. Dagegen hat das Institut der Deutschen Wirtschaft im Jahr 2008 Mindereinnahmen von nur 2 Milliarden Euro für den inflationsangepassten Steuertarif errechnet.

In der Grafik abgebildet sind der aktuelle Steuertarif mit und ohne „Bauch“ sowie eine Simulation eines inflationsangepassten Steuertarifs. In einem Zeitraum von 15 Jahren mit jährlich 1,5 Prozent Inflation würde der Grundfreibetrag auf 10.005 Euro steigen, die Grenze für den „Knick“ auf 16.838 Euro und die Schwelle für den Steuersatz von 42 Prozent auf 66.103 Euro.

## Gibt es einen Trend von der Einkommens- hin zur Konsumbesteuerung?

Die Einkommensteuer ist in ihrem Aufkommen die zweitwichtigste Steuerart nach der Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer.

Zur Beantwortung der in sozialpolitischen Debatten immer wieder gestellten Frage, welche Bevölkerungsgruppe welche Steuerlasten trägt und wer belastet bzw. entlastet wird (vgl. Seite 12), lohnt auch ein Blick auf die Struktur des Steueraufkommens.



Quelle: Steuerstatistiken des Bundesministeriums der Finanzen (BMF)

Das Schaubild stellt das Verhältnis von direkten Steuern (in erster Linie auf Einkommen, Gewerbeerträge etc.) und indirekten Steuern (in erster Linie auf Konsum) gegenüber.

Die Frage, ob der Staat seine Aufgaben vorrangig aus direkten oder indirekten Steuern finanziert, ist verteilungspolitisch bedeutend. Eine Umverteilung von Einkommen wird typischerweise über direkte Steuern bewirkt. Verbrauchsteuern wirken eher ungerichtet oder sogar regressiv, da die einkommensschwachen Haushalte hohe Konsumquoten und niedrige bzw. sogar negative Sparquoten aufweisen.

Ein Blick auf den Zeitraum von 1999 bis 2008 zeigt: Das Verhältnis indirekter und direkter Steuern schwankt, bleibt aber im Wesentlichen stabil. Der Anteil der Lohnsteuer an der Einkommensteuer (zu der, abgesehen von abhängig Beschäftigten, im Wesentlichen die Personenunternehmen beitragen) schwankt ebenfalls. Er war zuletzt sogar leicht rückläufig. Deutlicher noch ist der Abwärtstrend bei der von Kapitalunternehmen gezahlten Körperschaftsteuer, deren Anteil am gesamten Steueraufkommen seit der Jahrtausendwende unter der 5-Prozent-Marke liegt.

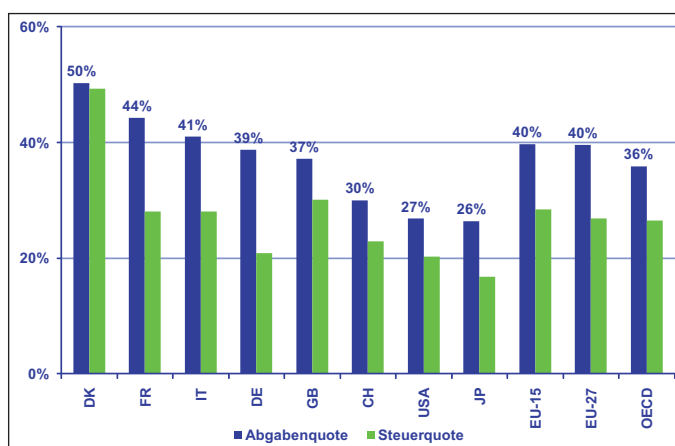
# Hochsteuerland Deutschland: Belastungen für Bürger und Unternehmen?

In standortpolitischen Debatten gilt Deutschland gemeinhin als Hochsteuerland, das Unternehmen und Bürgern zu hohe Belastungen auferlegt. Diese, so die berechtigte Überlegung, bremsen die wirtschaftliche Dynamik und wirken auch psychologisch leistungsfeindlich.

Für einen aussagefähigen Vergleich der Standortbedingungen müssen neben Steuern auch die Sozialabgaben berücksichtigt werden. So finanzieren einzelne Staaten, wie zum Beispiel Dänemark, ihre Sozialsysteme fast ausschließlich über Steuern, während mittel- und südeuropäische Staaten eher auf einen Mix aus Steuer- und Sozialausgaben setzen.

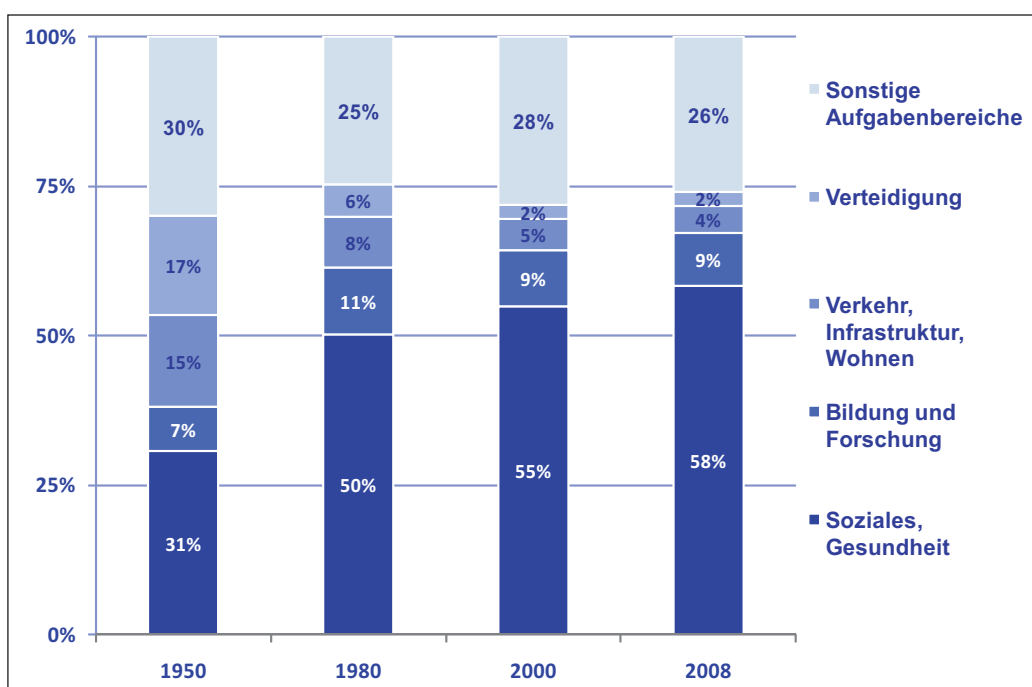
Jüngere Veröffentlichungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Bundesfinanzministeriums führen zu weitgehend übereinstimmenden Ergebnissen. Danach weist Deutschland eine unter vergleichbaren Staaten durchschnittliche Höhe der staatlichen Abgaben auf. Während die **Steuerquote** eher unterdurchschnittlich ist, liegt die **Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge umfassende Abgabenquote** auf mittlerem europäischem Niveau.

Die Gesamtbelastung für gut qualifizierte Arbeitnehmer ist dennoch beträchtlich, insbesondere durch das Zusammenwirken einer schon im niedrigen Einkommensbereich stark ansteigenden Steuerprogression und der (bis zu den Bemessungsgrenzen) erhobenen Sozialbeiträge.



Quellen: OECD; Eurostat, zitiert nach dem Monatsbericht des BMF von August 2007 ([www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de))

## Soziale Leistungen beanspruchen mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben

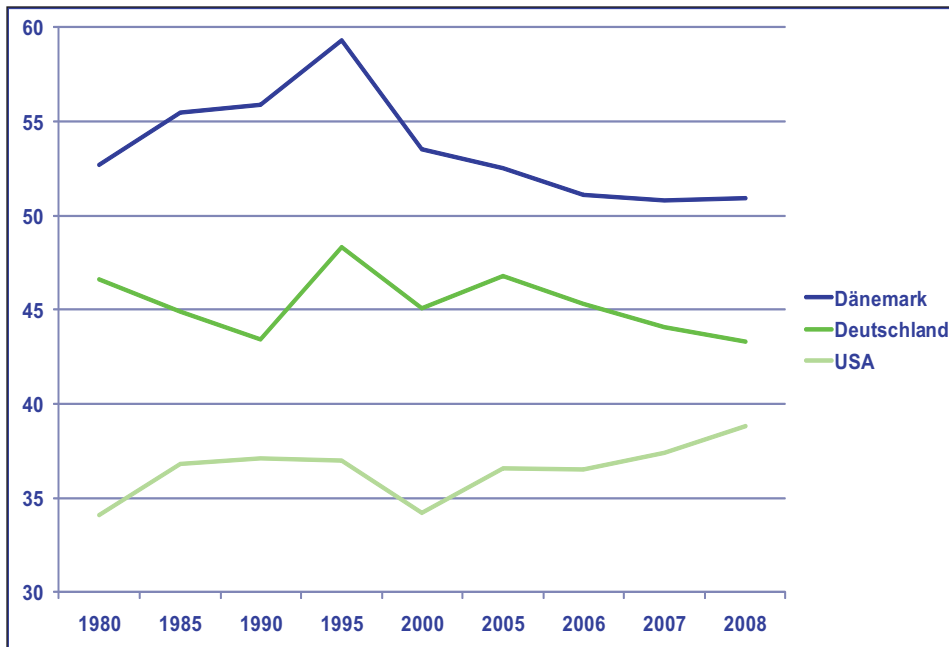


Quellen: Statistisches Jahrbuch 2009 ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)) sowie Voraufgaben der Jahrbücher

Eine Aufschlüsselung der Gesamtausgaben aller öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherungsträger und weitere Ausgaben-träger) macht deutlich: Der größte Anteil des Ausgabenwachstums entfällt auf öffentliche soziale Leistungen. Für andere öffentliche Ausgaben werden die Spielräume damit spürbar kleiner.

Bedenklich im Hinblick auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts sind dabei die stagnierenden, prozentual zum Teil sogar rückläufigen Ausgaben in den Bereichen Bildung, Forschung, Verkehr, Infrastruktur und Bauen.

## Staatsquoten im internationalen Vergleich: Wie viel Staat braucht man?

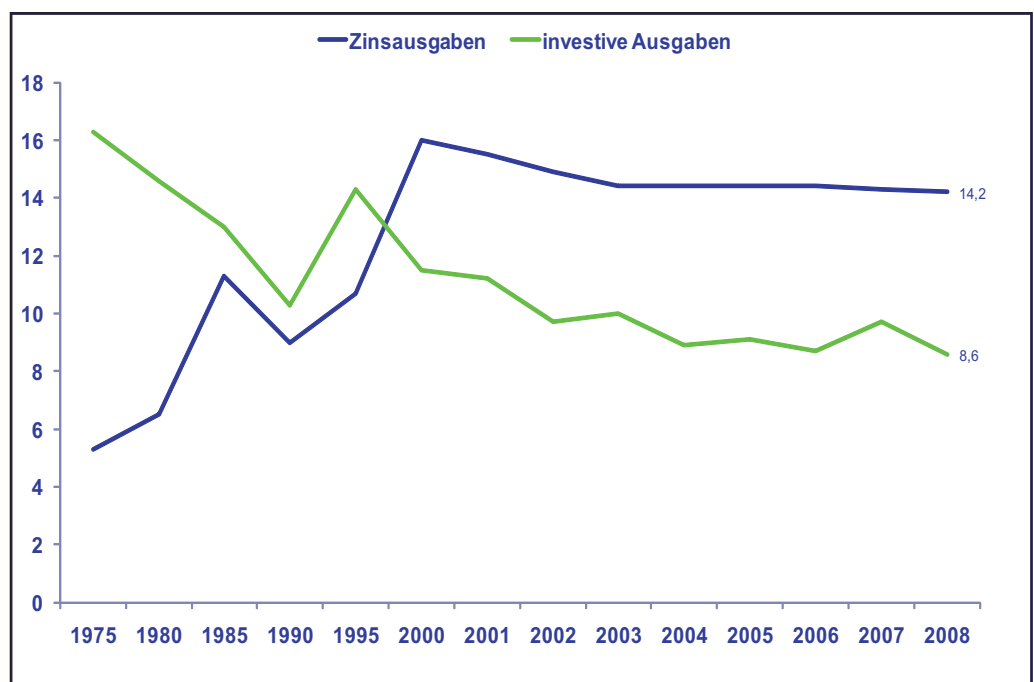


Angaben in Prozent am BIP / Quelle: EU Kommission 2009

Dänemark, Deutschland und die USA: Das traditionelle Selbstverständnis dieser Staaten reicht von „Im Zweifelsfall staatlich“ über „So viel Staat wie nötig“ bis „So wenig Staat wie möglich“. Der Anteil der Staatsausgaben am BIP in diesen Ländern hat sich in den letzten 30 Jahren jedoch deutlich angenähert, wie die nebenstehende Grafik verdeutlicht. Auffallend ist, dass die Staatsquote in Deutschland bis zur Finanzkrise kontinuierlich gesunken ist.

## Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts: Mehr Zinsen als Investitionen

Seit Ende der neunziger Jahre übersteigen die Zinslasten im Bundeshaushalt die Ausgaben für Investitionen: Während noch 1995 der prozentuale Anteil für Investitionen am Bundeshaushalt den Anteil der Zinsen um rund vier Prozent übertraf, hat sich dieses Verhältnis bereits im Jahr 2000 ins Gegenteil verkehrt. 2008 übersteigt die Zinslast die investiven Ausgaben um mehr als fünf Prozent.



Angaben in Prozent des BIP / Quelle: Bundesfinanzministerium 2009



Fotos: AOK, DAK, Walter Hoiinka, Bernd Kühler

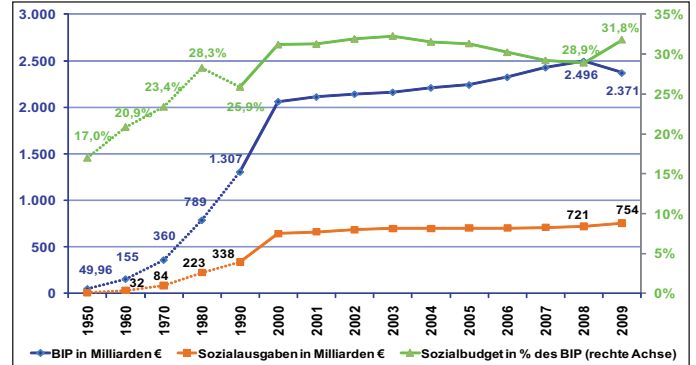
# Anstieg der Sozialausgaben: Explosion oder kontinuierliches Wachstum?

Die Sozialausgaben sind seit den fünfziger Jahren kontinuierlich gestiegen. Manche sprechen gar von einer Ausgabenexplosion im Sozialbereich. Haben die Agenda 2010 und die Folgereformen der Großen Koalition diesen Trend gestoppt?

Eine Grundlage für die Beantwortung dieser Fragen liefert das Sozialbudget, das vom Bundesarbeitsministerium erstellt wird. Alle von Staat und Arbeitgebern gewährten Sozialleistungen sind darin enthalten. Diesen Daten zufolge sind die Sozialleistungen sowohl absolut als auch relativ zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts seit Anfang der sechziger Jahre kontinuierlich ausgeweitet worden, ausgehend von einem Niveau von 20 Prozent bis zu einem Spitzenwert von rund 33 Prozent im Jahr 2003.

Die Reformen der letzten Jahre haben seitdem allem Anschein nach die politisch gewollte, leicht dämpfende Wirkung entfaltet. Seit 2003 gingen die Sozialausgaben leicht zurück, zwar nicht in absoluten Zahlen, aber als relativer Anteil des Bruttoinlandsprodukts.

Unklar sind die Auswirkungen der aktuellen Wirtschafts-

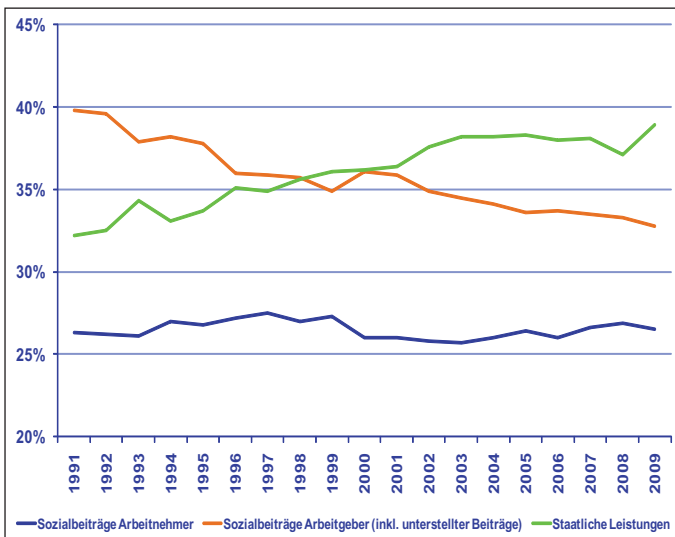


Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS); Veröffentlichungen der BDA mit Konjunkturprognosen für 2009.

und Finanzkrise, insbesondere die zusätzlichen Ausgaben für das Kurzarbeitergeld und die anhaltend hohen Ausgaben für das Arbeitslosengeld II. Nach vorläufigen Schätzungen wurde die rückläufige Entwicklung bei der **Sozialleistungsquote** vorerst gestoppt: 2009 ist erstmals nach mehreren Jahren wieder einen leichter Ausschlag nach oben zu verzeichnen.

## Wer finanziert die sozialen Aufgaben?

Der deutsche Sozialstaat finanziert traditionell den Großteil seiner Aufgaben über lohnbezogene Sozialversicherungsbeiträge auf Arbeitseinkommen. Darüber hinaus beteiligt sich der Staat in zunehmendem Maße auch aus dem allgemeinen Steueraufkommen an der Finanzierung, etwa in Form der Bundeszuschüsse zur Renten- und



Quelle: Sozialbericht der Bundesregierung, Bundestagsdrucksache 16/13830

Krankenversicherung sowie für Grundsicherungsleistungen wie das Arbeitslosengeld II.

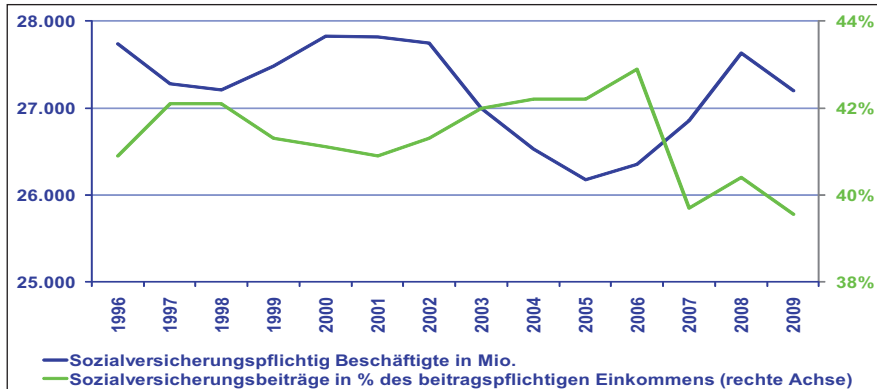
Seit Anfang der neunziger Jahre ist der Finanzierungsanteil aus Steuern deutlich gestiegen. Parallel dazu wurden vor allem die Arbeitgeber entlastet. Die Regierungstatistik rechnet neben den Arbeitgeberleistungen und dem Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung auch Leistungen wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und andere betriebliche Sozialleistungen zu.

Ursachen hierfür sind die politisch angestrebte Entlastung der Arbeitgeber bei den Sozialabgaben sowie ein sinkender Krankenstand und der Rückgang bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.

Der Wandel verschiebt aber auch die Prioritäten in der Sozialpolitik. Beitragsfinanzierte Leistungen mit dem Ziel der Lebensstandardsicherung (gesetzliche Rente, Arbeitslosengeld und Krankengeld) verlieren tendenziell an Bedeutung. Steuerfinanzierte Leistungen, die entweder nur auf einem Einheitsniveau oder bei Bedürftigkeit gezahlt werden (zum Beispiel Arbeitslosengeld II) nehmen an Bedeutung zu.

Gerade für gut verdienende Arbeitnehmer droht sich dadurch das Verhältnis von Leistungen (Abgaben auf Arbeit) und Gegenleistung (empfangene soziale Leistungen) zu verschlechtern.

# Dämpft die Finanzierung sozialer Aufgaben über Abgaben die Beschäftigung?



Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung; Statistisches Bundesamt ([www.destatis.de](http://www.destatis.de))

teil des Bundes bislang aber nur einen leicht dämpfenden Effekt.

Wegen der hohen Kostenbelastung des Faktors Arbeit haben alle Bundesregierungen der letzten Jahre Anstrengungen unternommen, die Summe der Sozialbeiträge unter die 40-Prozent-Marke zu drücken. Dieses Ziel wurde erst zweimal erreicht: 2007 und 2009.

Die nebenstehende Grafik zeigt auf, dass dieser Ansatz grundsätzlich richtig ist. Beitragshöhe und Anzahl der Beschäftigten stehen offenkundig in einem

Auf der vorangegangenen Seite wurde bereits die Mischfinanzierung der sozialen Ausgaben des Staates beleuchtet. Dort wurde ein steigender Finanzierungsanteil des Staates aus allgemeinen Steuermitteln und ein sinkender Finanzierungsanteil der Arbeitgeber diagnostiziert.

Auf die absolute Höhe der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge hatte der steigende Finanzierungsan-

engen, reziproken Zusammenhang: sinkende Beschäftigtenzahlen führen zu Beitragserhöhungen. Umgekehrt führen positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu einer Senkung der Beiträge.

Im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise darf der Faktor der Sozialbeiträge nicht unterschätzt werden: Beitragserhöhungen wirken tendenziell krisenverstärkend.

## Die gesetzliche Rentenversicherung – ein Verlustgeschäft?

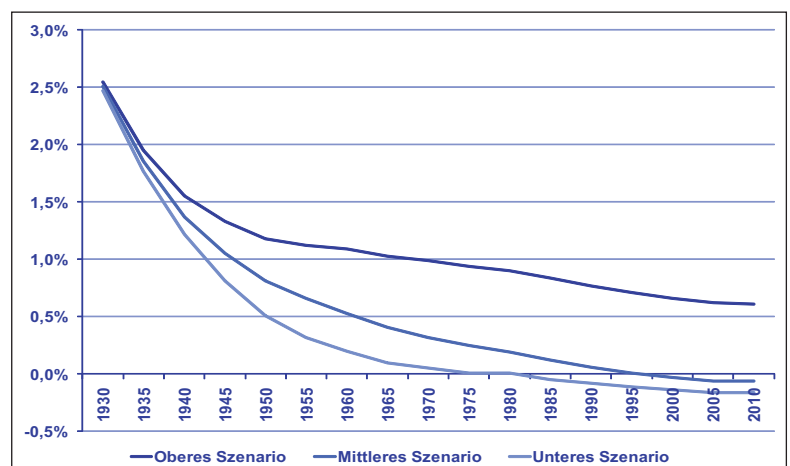
Prognosen über die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung sind mit methodischen Unsicherheiten behaftet.

Viele Rechenparameter müssen geschätzt werden, so etwa der künftige Anstieg der beitragspflichtigen Einkommen oder der Beitragsanteil, der nicht für die Altersvorsorge, sondern für den Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenschutz aufgewendet wird.

Die Grafik zeigt Teilergebnisse von Berechnungen des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG Bonn) aus dem Jahr 2005. Auftraggeber war das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA), das von großen Finanzdienstleistern unterstützt wird.

Berechnungen des Sachverständigenrats für Gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus 2003 sowie der Deutschen Rentenversicherung aus 2004 ermitteln geringfügig höhere Werte.

Der Abstand zu den Ergebnissen des DIA ist aber nicht groß. So beträgt laut Deutscher Rentenversicherung für Rentner mit 45 Versicherungsjahren und einem Rentenbeginn im Jahr 2010 die Rendite 3,7 Prozent für Männer und 4,4 Prozent für Frauen.



Quelle: IWG Bonn, nach Ottnand/Wahl: Die Rendite der gesetzlichen Rente 2005 ([www.dia-vorsorge.com](http://www.dia-vorsorge.com))

Fazit: Ein „Renditeknüller“ ist die gesetzliche Rentenversicherung offenkundig nicht. Die populäre Annahme, Versicherte würden viel weniger zurück erhalten, als sie eingezahlt haben, ist aber ebenso unzutreffend. Eine Altersvorsorge auf mehreren Säulen, zu denen eine umlagefinanzierte staatliche Rente sowie kapitalgedeckte betriebliche und private Vorsorgeprodukte zählen, erscheint daher auch heute noch als die dauerhaft richtige Lösung.

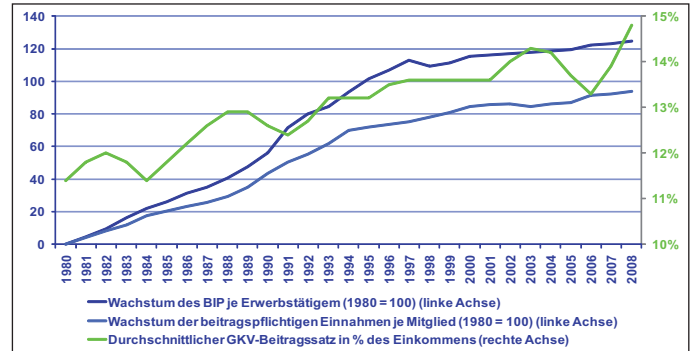
# Explodierende Gesundheitskosten oder explodierende Kassenbeiträge?

Seit Anfang der achtziger Jahre sind die Krankenkassenbeiträge kontinuierlich angestiegen. Mit der Einführung des Gesundheitsfonds erreichten sie am 01.01.2009 einen vorübergehenden Höchststand von 15,5 Prozent der beitragspflichtigen Einkommen.

Dem steht jedoch keine messbare Kostenexplosion gegenüber. Der prozentuale Anteil der Ausgaben der gesetzlichen Kassen am Bruttoinlandsprodukt liegt seit Beginn der neunziger Jahre bei sechs bis sieben Prozent.

Eine der Ursachen liegt in der Hauptfinanzierungsbasis der gesetzlichen Kassen, den Einkommen aus abhängiger Beschäftigung. Deren Wachstum ist in den letzten Jahren deutlich hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zurück geblieben. Die mittlerweile gezahlten Steuerzuschüsse an die gesetzlichen Kassen (2009: 5,7 Milliarden Euro; ab 2012 konstant 14 Milliarden Euro, rund 8 Prozent der aktuellen Leistungsausgaben) tragen dieser Finanzierungslücke Rechnung.

In der Politik existieren zwei unterschiedliche Modelle einer tiefgreifenderen Reform: die Bürgerversicherung

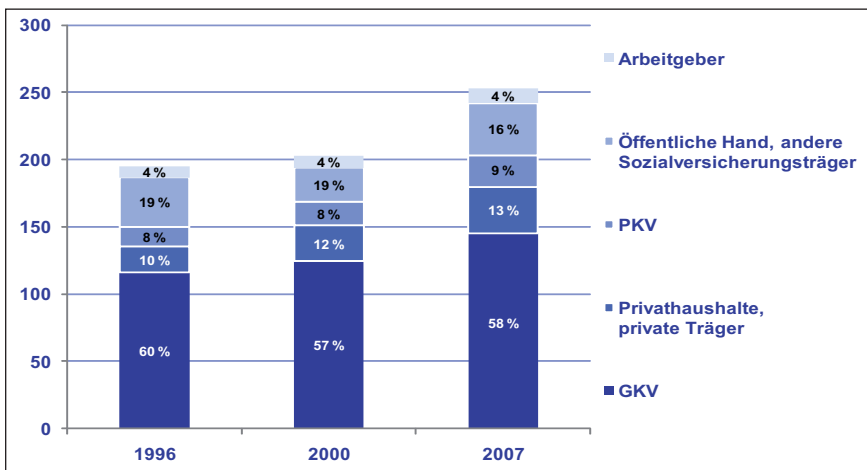


Quellen: VDEK, Basisdaten des Gesundheitswesens; Statistisches Bundesamt

mit einem stark steuerähnlichen GKV-Beitrag und die Gesundheitsprämie mit einem einkommensunabhängigen Pauschalbeitrag und Steuerzuschüssen an Geringverdiener.

Die bestehenden Probleme können allerdings nur durch eine ganzheitliche Reform gelöst werden, die sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite ansetzt.

## Wer trägt welchen Teil der Gesundheitsausgaben?



Quellen: Statistisches Bundesamt; Gesundheitsberichterstattung des Bundes (www.gbe-bund.de)

Gesundheitspolitische Debatten in Deutschland wurden in den letzten Jahren vor allem unter dem Gesichtspunkt der Kostendämpfung geführt.

Dabei ist Kostendämpfung anerkanntermaßen kein Selbstzweck, schon gar nicht aus Sicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Gesundheitsbranche.

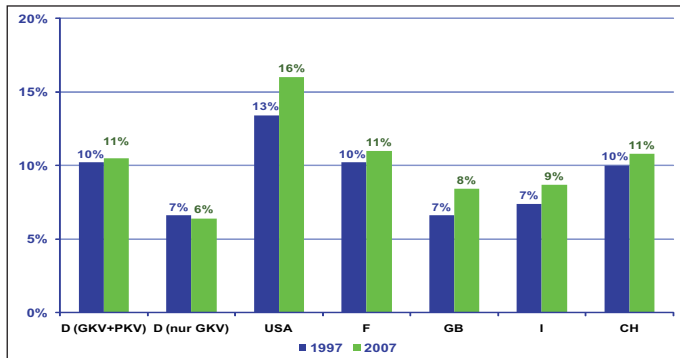
Ein Hauptmotiv für das Ziel der Kostendämpfung ist dementsprechend auch ein arbeitsmarktpolitisches:

Durch einen stabilen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung soll der Zuwachs bei den Lohnnebenkosten begrenzt und ein positiver Beschäftigungseffekt erzielt werden.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass dieses Ziel in bescheidenem Umfang erreicht wurde. Zwischen 1996 und 2007 sind die Gesundheitsausgaben in absoluten Zahlen gestiegen. Der Ausgabenanteil der gesetzlichen Krankenversicherung an den Gesamtausgaben ist hingegen leicht gesunken. Ebenfalls gesunken sind die Ausgaben anderer Sozialversicherungszweige. Hierzu zählen etwa Rehabilitationsleistungen der Unfall- und Rentenversicherung.

Der Ausgabenanteil der privaten Krankenversicherung ist demgegenüber leicht gewachsen, vermutlich infolge steigender Versichertenzahlen. Merklich erhöht hat sich auch der Anteil privater Gesundheitsausgaben. Hier machen sich offenbar die höheren Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen sowie die Kürzungen bei gesetzlichen Leistungen bemerkbar.

# Gesundheitsausgaben im internationalen Vergleich: Wo steht Deutschland?



Quelle: OECD Health Data (www.oecd.org)

Bei der Organisation des Gesundheitswesens lassen sich im internationalen Vergleich viele unterschiedliche Modelle ausmachen. Länder wie Großbritannien und Italien setzen auf ein steuerfinanziertes staatliches Gesundheitswesen. Andere Staaten wie Deutschland, Frankreich oder die Schweiz setzen auf Mischsysteme mit mehrheitlich privaten Leistungsanbietern und gesetzlichen Krankenversicherungen für große Teile oder die Gesamtheit

der Bevölkerung. In anderen Staaten wie den USA ist das Gesundheitswesen mehrheitlich privat organisiert und nur Teilgruppen wie Rentner sind gesetzlich versichert.

Gemeinsam ist allen Staaten die Herausforderung, den Anstieg der Gesundheitskosten auf das unvermeidliche Maß zu begrenzen (Demographie, nützliche medizinische Innovationen etc.).

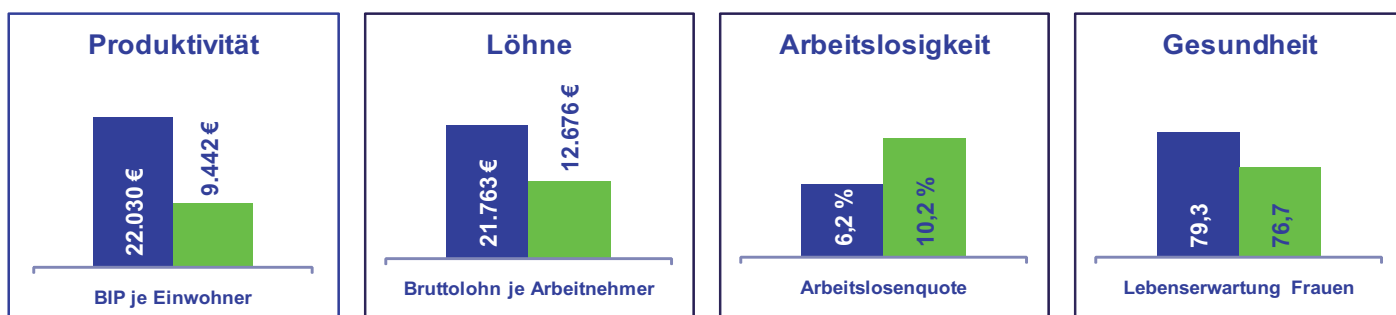
Ist eine dieser Systemvarianten herbei besonders erfolgreich? Und wo steht Deutschland?

Die vorliegenden Daten lassen nur Tendenzaussagen zu. Sowohl in staatlich als auch in privat geprägten Systemen sind in den letzten Jahren die Kosten – ausgehend von einem unter- bzw. überdurchschnittlichen Niveau – stark angestiegen. In Staaten mit gesetzlichen Krankenkassen fiel der Anstieg geringer aus.

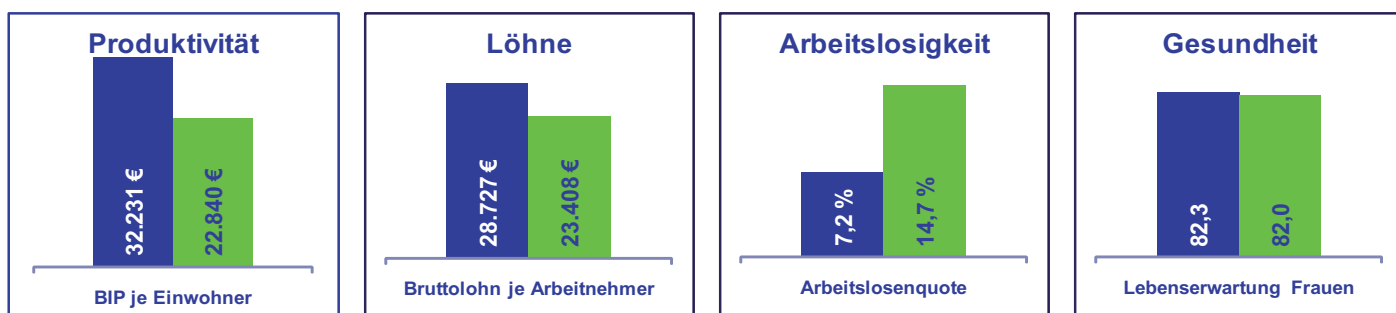
Allerdings führen auch dort erfolgreiche Kosteneinsparungen gesetzlicher Krankenkassen im Regelfall nicht zu einem Rückgang der Gesamtausgaben, sondern nur einer Verlagerung, insbesondere hin zu privaten Gesundheitsausgaben (vgl. Seite 20).

## Lebensverhältnisse in Ost und West: Angleichung in vielen Bereichen noch nicht erreicht

1991



2008

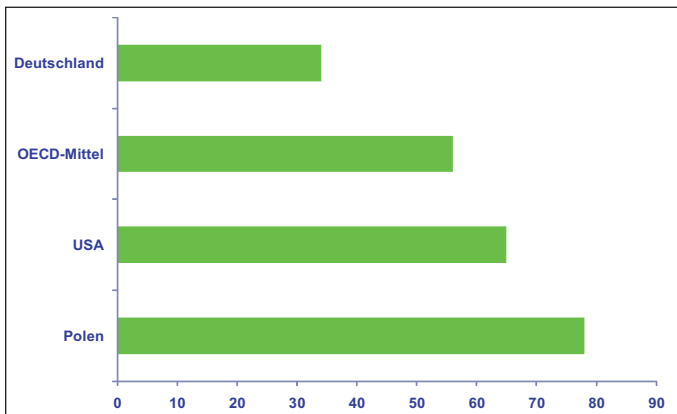


Quellen: Statistisches Bundesamt 2009; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2009

# Bildung

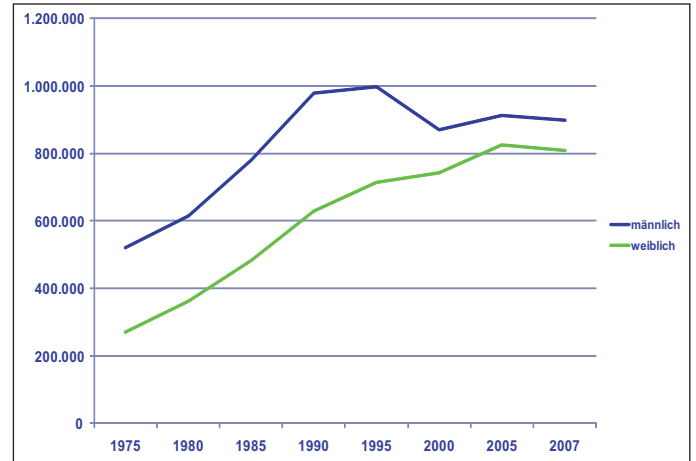
## Standortnachteile durch Akademikermangel

Deutschland bildet zu wenige Akademiker aus. Der Anteil der Studienanfänger liegt deutlich unter den internationalen Vergleichswerten:



Studienanfängerquoten im Tertiärbereich im Jahr 2007 / Quellen: OECD, Education at a glance 2009

## Zunehmend mehr Studentinnen

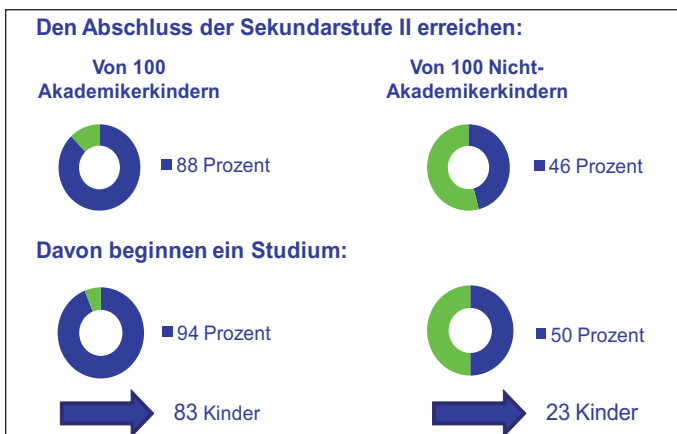


Studierende insgesamt (bis 1989: früheres Bundesgebiet) / Quelle: destatis

Immer mehr junge Frauen studieren: Die Zahl der Studentinnen ist über die letzten 20 Jahre stark gestiegen.

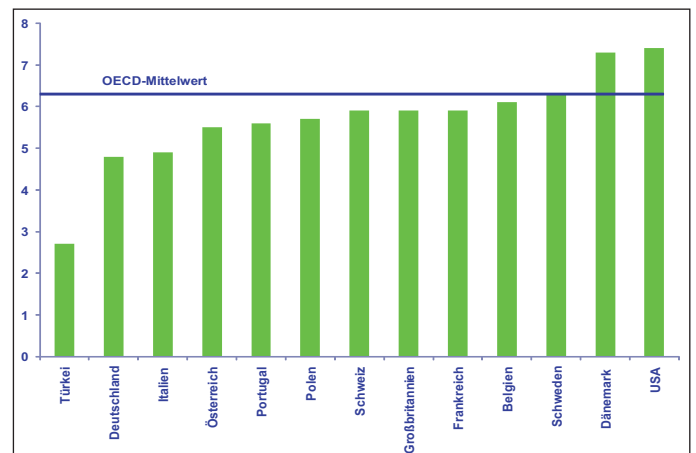
## Kinder von Akademikern studieren häufiger

Das soziale Umfeld spielt eine große Rolle, wenn es um die Möglichkeit der Wahrnehmung von Bildungs- und Berufschancen geht. Dabei bleibt die familiäre Herkunft von Kindern nach wie vor ein entscheidender Faktor für den zukünftigen Bildungsgrad.



Quellen: 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks; HIS Hochschul-Informations-System

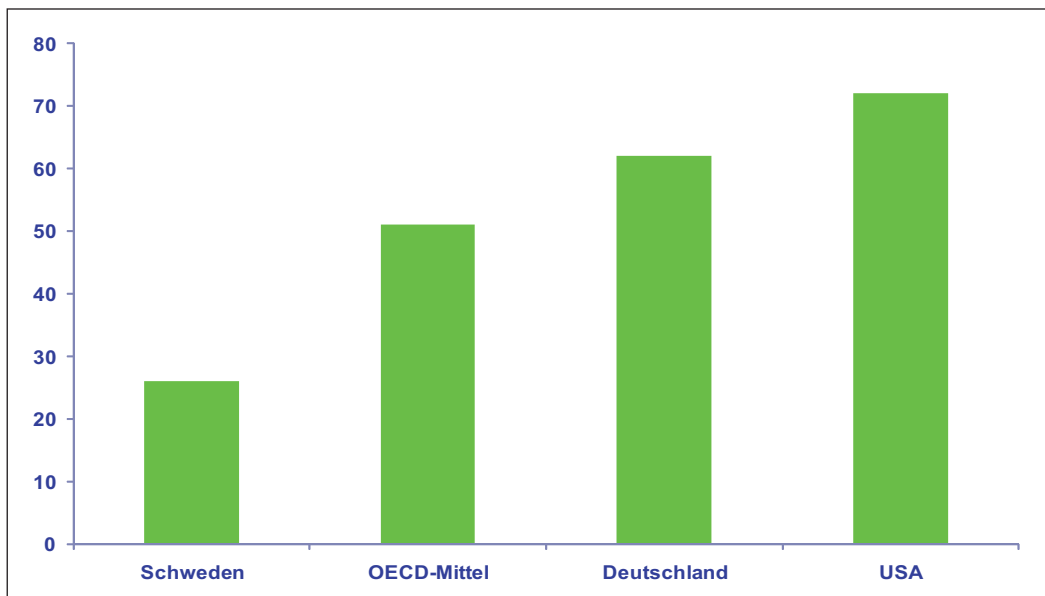
## Deutschland hinkt hinterher: Mehr Geld für Bildung nötig



Private und öffentliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen aller Bildungsbereiche (Angaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2007) / Quelle: OECD, Education at a glance 2009

Deutschland investiert nicht genug Geld in Bildung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt lagen die staatlichen Bildungsausgaben 2007 in Deutschland weiterhin unter dem internationalen Durchschnitt.

## Studieren rechnet sich

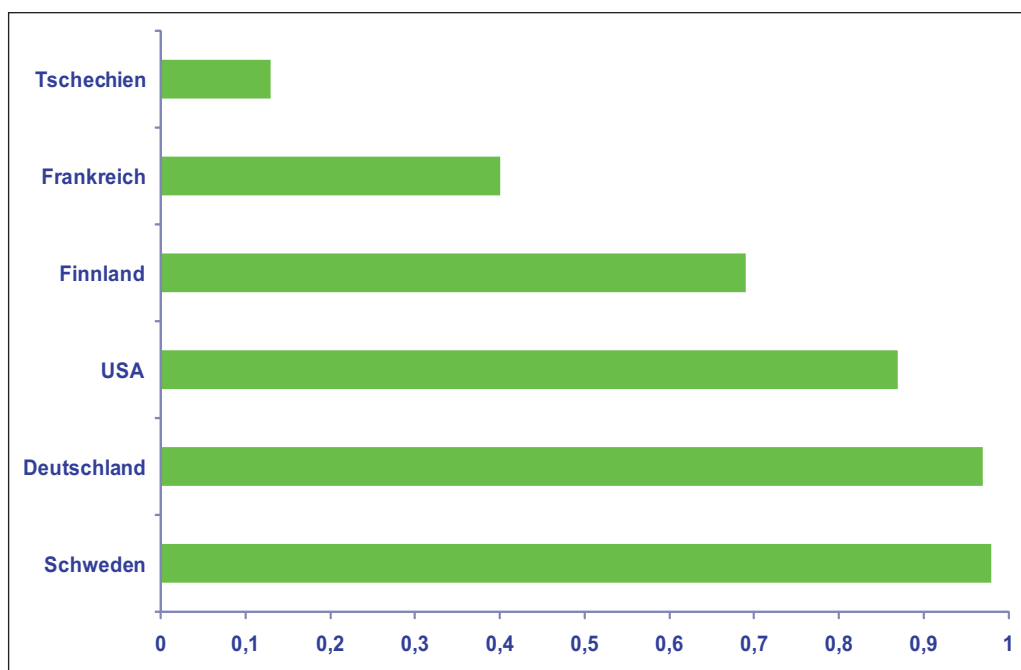


Durchschnittlicher prozentualer Einkommensvorteil mit Abschluss im Tertiärbereich gegenüber Sekundarschulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung in 2007 / Quelle: OECD, Education at a glance 2009

Akademiker verdienen im Beruf wesentlich mehr als ihre nichtstudierten Kollegen. Der Einkommensvorteil von Absolventen des **Tertiärbereichs** gegenüber jenen des **Sekundärbereichs** ist in Deutschland besonders groß, auch im Vergleich zum OECD-Mittelwert. Noch bedeutender fällt der Akademikervorteil in den USA aus.

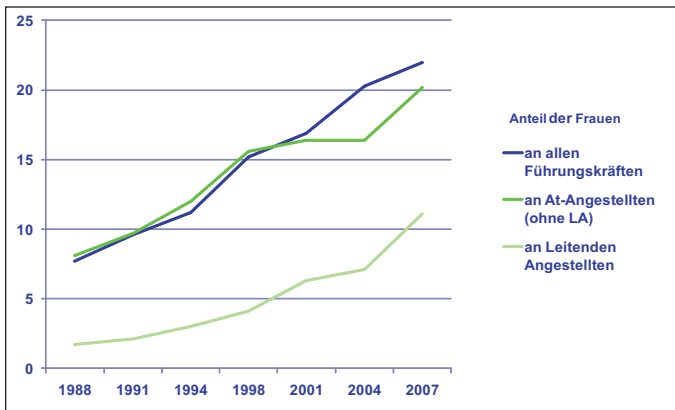
## Deutschland forscht effizient

Auch wenn Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig in Bildung investiert, so herrscht hierzulande dennoch eine vorbildliche Forschungseffizienz. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) werden in Deutschland äußerst effizient eingesetzt. Damit wird auch der weltweite Wissenschaftsstandort Nummer eins, die USA, übertroffen. Lediglich Schweden weist eine bessere Forschungseffizienz auf.



Relative Forschungseffizienz in ausgewählten Ländern gemessen am Verhältnis zwischen Forschungsinput (zum Beispiel FuE-Ausgaben) und -output (zum Beispiel Zahl der Patente) / Quelle: DIW Berlin 2009

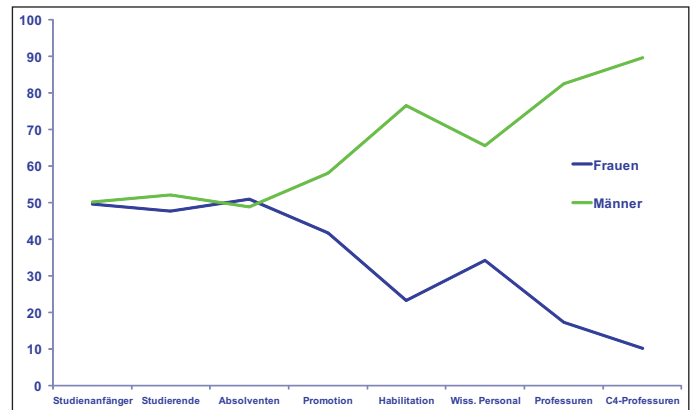
## Mehr Frauen in Führungspositionen



Prozentualer Anteil der Frauen in Führungspositionen (ab 2004: inkl. Neue Bundesländer) / Quelle: BAVC, Führungskräfte-Strukturhebung 2007

**Über ein Fünftel aller Führungskräfte sind weiblich: Der Anteil weiblicher Führungskräfte hat sich innerhalb von zwanzig Jahren verdreifacht.**

## Akademische Karriere bleibt Männersache



Frauenanteile Studierende, Absolventen und Personal an Hochschulen in 2008 / Quelle: Statistisches Bundesamt (www.destatis.de)

**Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen besteht, aber nur bis zum Studienabschluss. Danach erklimmen fast nur Männer die akademische Karriereleiter.**

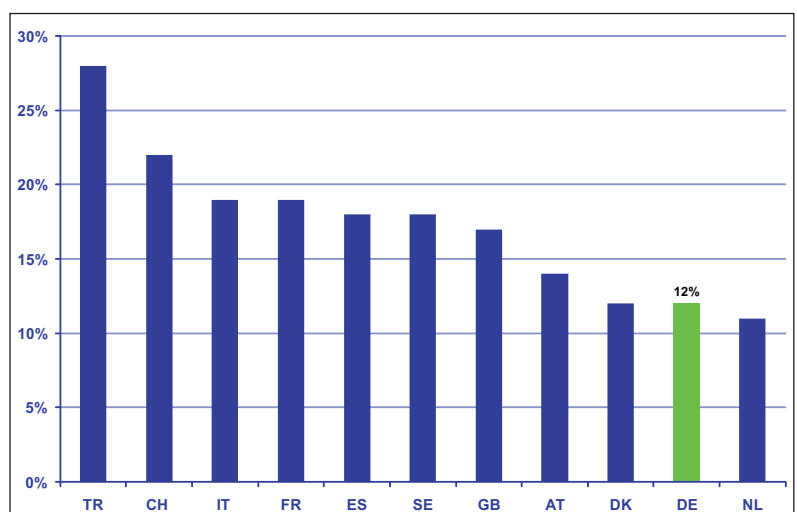
## Akademische Karrierechancen für Frauen im internationalen Vergleich

**Die vergleichsweise schlechten Karrierechancen für Frauen im Wissenschaftsbereich sind ein besonders gravierendes Problem für Deutschland, vor allem im internationalen Vergleich.**

Beim Frauenanteil unter den Professoren der höchsten Besoldungsstufe (in Deutschland: W3 bzw. C4) rangiert Deutschland in einer Untersuchung der Europäischen Kommission, in die auch OECD-Staaten außerhalb der EU einbezogen wurden, auf einem der letzten Plätze. Der Anteil von Frauen unter den Lehrstuhlinhabern mit einer W3- bzw. C4-Besoldung beträgt lediglich 12 Prozent.

Gegen das Ranking mag eingewandt werden, dass die Laufbahnordnungen in den unterschiedlichen Systemen nicht einwandfrei vergleichbar seien. Doch der Nachholbedarf deutscher Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist angesichts des deutlichen Rückstands auf andere Staaten nicht von der Hand zu weisen.

Immerhin deutet sich ein leichter Aufwärtstrend an: Innerhalb der EU ist der Abstand zu den Durchschnittswerten (EU-27: 19 Prozent; EU-15: 17 Prozent) in den letzten Jahren geschrumpft. 2006 lag der Frauenanteil in Deutschland noch niedriger: bei 9,2 Prozent.



Quelle: EU-Kommission, „She figures“ (Statistics and Indicators on Gender Equality) 2009

# Glossar

## Abgabenquote

Die Abgabenquote misst die Höhe der innerhalb eines Jahres in einem Staat erhobenen Steuern und Sozialabgaben in Relation zum BIP.

## Alterslastquotient

Der Alterslastquotient misst das Verhältnis in der Anzahl von Personen von Personen im Rentenalter (derzeit mehrheitlich noch ab 65 Jahren) in Relation zur Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (derzeit mehrheitlich die Altersspanne von 15 bis 65 Jahren).

## Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das BIP misst den Wert der in einer Volkswirtschaft innerhalb eines Jahres erzeugten Güter und Dienstleistungen, die dem Endverbrauch dienen.

## Erwerbstätigenpotential

Das Erwerbstätigenpotential kennzeichnet die Summe aller erwerbstätigen und unterbeschäftigten bzw. arbeitslosen Personen. Die übliche Altersspanne liegt derzeit zwischen 15 und 65 Jahren.

## Gesundheitsfonds

Der Gesundheitsfonds ist ein mit Wirkung vom 1. Januar 2008 eingeführtes System zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen. Angesiedelt beim Bundesversicherungsamt, teilt er die Einnahmen der Krankenkassen sowie die ergänzenden Bundeszuschüsse unter den Krankenkassen auf. Gesichtspunkte sind dabei neben der Versicherungszahl auch die Verbreitung verschiedener chronischer Erkrankungen innerhalb der Versicherten-gemeinschaft der einzelnen Kassen (der sogenannte „morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich“).

## Lohnquote

Die Lohnquote misst den Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen.

## Sekundär- bzw. Tertiärbereich

Der sekundäre Bildungsbereich umfasst den Bereich im Bildungssystem eines Staates, der aufbauend auf einer abgeschlossenen Primärbildung (Grundschulbildung) auf höherqualifizierte Berufe vorbereitet. Den Sekundarabschluss erwirbt ein Schüler an einem Gymnasium, einer Real- oder einer Hauptschule nach Vollendung der Sekundarstufe I (nach der 10. Klasse). Er berechtigt zum Besuch der Qualifizierungsphase der Sekundarstufe II (z. B. gymnasiale Oberstufe oder Berufsausbildung). Der tertiäre Bildungsbereich umfasst den Bereich, der aufbauend auf einer abgeschlossenen Sekundarschulbildung auf höhere berufliche Positionen vorbereitet. Hierzu zählen Universitäten, Fachhochschulen, Berufsakademien und höhere Fachschulen.

## Sozialleistungsquote

Die Sozialleistungsquote misst die Summe der Ausgaben innerhalb eines Staates für soziale Zwecke in Relation zum BIP. Wegen der schwierigen definitorischen Abgrenzung schwanken die Angaben für gleiche Staaten und Zeiträume je nach Herkunft der Daten zum Teil erheblich. Es bietet sich daher an, nur Daten aus jeweils einer Quelle zu vergleichen.

## Steuerquote

Die Steuerquote misst, in Abgrenzung der Abgabenquote, die Höhe der innerhalb eines Jahres in einem Staat erhobenen Steuern (ohne Sozialabgaben) in Relation zum BIP.

## Volkseinkommen

Das Volkseinkommen bezeichnet die Summe aller Einkommen, die während eines Jahres von der Wohnbevölkerung eines Landes oder einer Region bezogen wurde. Das Volkseinkommen wird nach dem sogenannten „Inländerprinzip“ erfasst: Es werden die Einkommen aller Inländer aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit im In- und Ausland erfasst.

## Quellen, Statistiken im Internet & weiterführende Informationen

### Altersvorsorge

Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH, [www.dia-vorsorge.de](http://www.dia-vorsorge.de);  
Altersvorsorge in Deutschland (Statistiken des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Deutschen Rentenversicherung zum aktuellen Stand der Absicherung im Alter), [www.altersvorsorge-in-deutschland.de](http://www.altersvorsorge-in-deutschland.de);  
Betriebliche Altersversorgung, [www.aba-online.de](http://www.aba-online.de)

### Arbeitsmarkt

Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), [www.iab.de](http://www.iab.de);  
Bundesagentur für Arbeit, [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

### Bericht der Wirtschaftsweisen

Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, [www.sachverstaendigenrat.de](http://www.sachverstaendigenrat.de)

### Bundestag, Bundesregierung (Gutachten, Berichte etc.)

Deutscher Bundestag, [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de);  
Dokumentenserver des Deutschen Bundestages, [dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt](http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt)

### Statistiken zu Deutschland

Statistisches Bundesamt, [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

### Statistiken zur Europäischen Union

Statistisches Amt der Europäischen Union (abgekürzt: Eurostat), [www.epp.eurostat.ec.europa.eu](http://www.epp.eurostat.ec.europa.eu)

### Finanzen (Steuereinnahmen, Bundeshaushalt etc.)

Bundesministerium für Finanzen (BMF): Regelmäßige Fachberichterstattungen in der Veröffentlichungsreihe „Monatsberichte Digital“, [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de)

### Gesundheit

Gesundheitsberichterstattung der Bundesregierung, [www.gbe-bund.de](http://www.gbe-bund.de);  
Wissenschaftliches Institut des AOK Bundesverbands, [www.wido.de](http://www.wido.de);  
PKV-Institut (Private Krankenversicherungen), [www.pkv-institut.de](http://www.pkv-institut.de)

### Internationale Datenbestände

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), <http://stats.oecd.org/Index.aspx>

### Sozialpolitik

Universität Duisburg-Essen, <http://www.sozialpolitik-aktuell.de>;  
Sozialbeirat der Bundesregierung, [www.sozialbeirat.de](http://www.sozialbeirat.de)

### Wirtschafts-, arbeits-, sozial- und finanzpolitische Themen

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS);  
Hans-Böckler-Stiftung, [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de);  
Institut der Deutschen Wirtschaft Köln, [www.iwkoeln.de](http://www.iwkoeln.de)

## Länderkürzel im internationalen Vergleich

Australien	AU	Luxemburg	LU
Belgien	BE	Niederlande	NL
Bulgarien	BG	Norwegen	NO
Dänemark	DK	Österreich	AT
Deutschland	DE	Polen	PL
Estland	EE	Portugal	PT
Finnland	FI	Rumänien	RO
Frankreich	FR	Russland	RU
Griechenland	GR	Schweden	SE
Großbritannien	UK	Schweiz	CH
Irland	IE	Slowakei	SK
Island	IS	Slowenien	SI
Italien	IT	Spanien	ES
Kroatien	HR	Tschechien	CZ
Lettland	LV	Türkei	TR
Liechtenstein	LI	Ungarn	HU
Litauen	LT	USA	US



Führungskräfte  
Chemie

**VAA** Verband angestellter Akademiker und  
leitender Angestellter der chemischen Industrie e.V.

**VAA** Geschäftsstelle Köln

Mohrenstraße 11 – 17 · 50670 Köln  
Telefon 0221 160010 · Telefax 0221 160016  
info@vaa.de

**VAA** Büro Berlin

Kaiserdamm 31 · 14057 Berlin  
Telefon 030 3069840 · Telefax 030 30698420

[www.vaa.de](http://www.vaa.de)

Deutscher  
Führungskräfte  
Verband



**Deutscher Führungskräfteverband ULA**

Kaiserdamm 31 · 14057 Berlin  
Telefon 030 3069630 · Telefax 030 30696313  
info@ula.de

**Führungskräfte Institut GmbH FKI**

Postfach 19 14 46 · 14004 Berlin  
Telefon 030 3069630 · Telefax 030 30696313  
info@fki-online.de

[www.ula.de](http://www.ula.de)